

Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse:

Transformationsprozesse in Ostdeutschland.
Das Land Sachsen-Anhalt im Vergleich

Heinz Sahner

Der Hallesche Graureiher 2002-5

Erscheint in: Kilian/Kluth/Schmidt-De-Caluwe/Schreiber (Hrsg.),
Verfassungshandbuch Sachsen-Anhalt, 2003, Nomos-Verlag

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Institut für Soziologie
2002

INHALTSVERZEICHNIS

1. Institutionen und ihre Bedeutung für die Entwicklungsfähigkeit der Gesellschaft..... 2

2. Durch Deutschland ein Reiß? Zum Stand der Wiedervereinigung 4

3. Die handlungsleitende Funktion von Institutionen: Bewegungen nach der Wende..... 14

4. Sachsen-Anhalt im Ländervergleich 22

5. Fazit 30

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Ausstoß von Luftschadstoffen – chemische Industrie Ostdeutschlands (1989 = 100; Umsatzentwicklung zum Vergleich) 8

Abbildung 2: Daten zur Entwicklung der Infrastruktur in Halle/S. 11

Abbildung 3: Wohnzufriedenheit in Halle 1993-2001 (Angaben in Prozent)..... 12

Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland 1990 - 1999 (%) 15

Abbildung 5: Wanderungsbilanz und wirtschaftliche Entwicklung..... 17

Abbildung 6: Demographische Falle (Sachsen-Anhalt)..... 29

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Verbundenheit mit dem Bundesland und seinen Bürgern 24

Tabelle 2: Verbundenheit mit dem Wohnort 27

Tabelle 3: Wirtschaftliche Eckdaten: Sachsen-Anhalt im Ländervergleich 28

LITERATUR.....32

Veröffentlichte „Hallesche Graureiher“, Stand Dezember 2002

1. Institutionen und ihre Bedeutung für die Entwicklungsfähigkeit der Gesellschaft

Gesellschaftliche Verhältnisse sind Menschenwerk. Sie sind das Ergebnis sozialen Handelns. Dieses soziale Handeln wird geleitet von kulturellen Rahmenbedingungen, institutionellen Regeln, situationsbezogenen Gegebenheiten und persönlichkeitspezifischen Faktoren einschließlich der Sozialisationsergebnisse.¹ Uns interessieren hier vor allem die institutionellen Regeln. Sie haben Anreizcharakter für das soziale Handeln, sie bestimmen, ob eine Gesellschaft über ausreichende Flexibilität verfügt, um auf wechselnde Anforderungen zu reagieren. Institutionelle Regeln oder kurz Institutionen sind Verkehrsregeln vergleichbar, sie bestimmen die Art und Weise, wie bestimmte Dinge getan werden müssen (König 1967: 143). Es sind soziale Erfindungen, die soziales Handeln situationsspezifisch mit einer gewissen Verbindlichkeit strukturieren. Institutionen sind in ihrer Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung kaum zu überschätzen. So sind sie die Ursache dafür, daß sich beide Teile Deutschlands nach dem Kriege so unterschiedlich entwickelten. Sie charakterisieren die Verfasstheit einer Gesellschaft und tatsächlich haben ja auch einige Institutionen Verfassungsrang. Man denke nur daran, wie in den verschiedenen Verfassungen die Verfügung über Grund und Boden (Gemeineigentum versus Privateigentum), die Form des Wirtschaftens (Zentralverwaltungswirtschaft versus Markt²) oder die politische Macht (Diktatur des Proletariats, Zentralismus versus Konkurrenzdemokratie, Föderalismus, Subsidiarität) geregelt wurde. Alle empirische Evidenz deutet darauf hin, daß man mit der Implementation der Institutionen „Markt“ und „Konkurrenzdemokratie“ mehr Flexibilität und mehr Anpassungskapazität gewonnen hat, als mit dem Prinzip des politischen und wirtschaftlichen Zentralismus. Nicht zuletzt dieser Mangel an „built-in-flexibility“ ist eine der Ursachen für den Untergang sozialistischer Staaten und für manche Entwicklungen nach der Wende, als den Bürgern mehr Handlungsalternativen geboten wurden.

Dies sind aber nur wenige, wenn auch wichtige, Beispiele für Institutionen, die zudem noch Verfassungsrang haben bzw. hatten. Tatsächlich lassen sich die „Verkehrsregeln“ aber kaum erschöpfend aufzählen. Das Spektrum ist groß. Es reicht von den Großformen (z. B. Dominanz des Handschlags im Osten) bis zu gesetzlichen Fixierungen. Man denke beispielsweise an die verschiedenen Regeln, Positionen zu besetzen (Leistung versus Proporz

¹ Dieses Soziologieverständnis orientiert sich an einem strukturell-individualistischen Ansatz. Dazu und zu der Definition von sozialem Handeln siehe Büschges u. a. 1995: 83; Meulemann 2001: 47ff

² Hierzu werden im Grundgesetz keine näheren Angaben gemacht. Der Gesetzgeber hat sich nicht ausdrücklich für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden. Insofern ist die soziale Marktwirtschaft nur eine mögliche Form des Wirtschaftens, was aber wiederum nur die Flexibilität institutionalisierter Regeln kennzeichnet.

Loyalität, Parteimitgliedschaft). Der Alltag ist geprägt von solchen institutionellen Regelungen, die kulturspezifisch sind. Viele waren und sind zum Teil noch charakteristisch für die ostdeutsche und westdeutsche Kultur. Die Bereiche Familie und Betrieb im Ost-West-Vergleich bieten hier Anschauungsmaterial.

Im Westen sind die außerfamilialen Beziehungen, z. B. die Handlungsanforderungen im Betrieb, eher universalistisch, affektiv neutral, eher auf einzelne Aspekte des Rollenpartners zugeschnitten, es interessiert lediglich sein Fachwissen. Die Rollenzuteilung nach Leistung spielt eine große Rolle, Selbstorientierung ist erlaubt oder sogar erforderlich. Dagegen schau man sich an, welche Rolle der Betrieb im Leben des ostdeutschen Bürgers spielte! Er war fast ein funktionales Äquivalent zur Familie. "Wir waren ein so schönes Kollektiv" sagt jemand, der sich für den Westen entschieden hat. Die Beziehungsmuster ähnelten nicht nur denen, die man im Westen als für die Familie typisch herausgestellt hat, und die zu den im Beruf geltenden Handlungsanforderungen in einem Spannungsverhältnis stehen (zumindest in westlichen Industriegesellschaften gilt das), sondern die Betriebsangehörigen wurden "auf Arbeit" auch rundum versorgt, das System war also weniger ausdifferenziert. Die Betriebsleistungen bezogen sich auf die Kultur, auf Kindergärten, ärztliche Versorgung und auf viele andere Leistungen. Überhaupt, kollektive Orientierungen dominierten. Manches mutete vorindustriell an. Als Medium für wirtschaftliche Austauschbeziehungen bediente man sich nicht nur des Geldes. Es gab Sektoren, da dominierte der Naturaltausch. Allgemeiner Bedarf allein reichte zur Produktion selbst bescheidener Produkte nicht aus. Man lese nur einmal in Hermann Kants "Abspann" nach, welcher Kombination von Merkmalen des Familismus es bedurfte, um in der DDR die Produktion eines Sabberlätzchens aus Plaste zu initiieren (Kant 1994: 273f). In der Bildung von privaten Versorgungsnetzwerken und Beschaffungsgemeinschaften war man virtuos. So versuchte man die Mängel, die sich durch ein ganz spezifisches Anreizsystem – und nicht etwa durch persönliche Unzulänglichkeiten (Vgl. z. B. Lepsius 1999: 113) – ergaben, auszugleichen. Es lag wirklich „am System“. Das Institutionensystem war so ausgelegt, daß es die falschen Anreize setzte. Der Manifestationen gab es viele. Die maroden Städte zur Wendezeit sind nur ein Beispiel dafür.

Mit dem Austausch institutioneller Regeln ändert sich zwar soziales Handeln mehr oder weniger schnell. Mentalitäten, kulturell geprägt, wirken aber als Dämpfer. Und vor dem Hintergrund der beträchtlichen materiellen Devastierung der Infrastruktur zum Zeitpunkt der

Wende (Produktionskapital, Städte, Verkehrswege), stellt sich die Frage nach dem Stand der Wiedervereinigung immer wieder neu. Wie weit ist sie gediehen?

2. Durch Deutschland ein Riß? Zum Stand der Wiedervereinigung

Durch demokratische Wahlen entschied sich die Mehrheit der DDR-Bevölkerung gegen die DDR und für den Beitritt zur Bundesrepublik.

Bei allen heute zutage tretenden Wünschen, ein Stück Eigenständigkeit, ein Stück DDR zu retten, bedeutete das die Übernahme des politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Systems der Bundesrepublik. Es war dies nicht nur ein Wunsch von Politikern und Funktionsträgern, sondern der breiter Schichten der Bevölkerung (Hanf 1992: 72, 74; Noelle-Neumann/Köcher 1993: 432). Immer wieder ergibt sich daraus, aber auch aus dem Grundgesetz, die Notwendigkeit zu prüfen, wie weit dieser Transformationsprozess fortgeschritten ist, nämlich die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ (z. B. GG Art.72 Abs.2 Nr.3; Art. 104a Abs.4) zu erreichen.

Unter Transformation wird hier mit Zapf ein Modernisierungsprozeß verstanden, nämlich die Übernahme, Errichtung, Inkorporation von modernen demokratischen, marktwirtschaftlichen, rechtsstaatlichen Institutionen (Zapf 1994a: 301). Unter Übernahme wollen wir hier nicht nur die formale Implementation von Institutionen verstehen, sondern auch deren mentale Akzeptanz seitens der Bürger.

Dieser Transformationsprozess ist bis heute in einem unterschiedlich hohen Maße gelungen. Er ist in manchen Bereichen nahezu abgeschlossen, in anderen zweifelt man daran, daß es in absehbarer Zeit zu einer akzeptablen Angleichung zwischen Ost und West, die sich innerhalb der üblichen Variabilität von „Stämmen und Landschaften“ bewegt, kommt. Im folgenden wird kurz versucht, eine kleine Zwischenbilanz zu ziehen, um dann

auf einzelne Aspekte vertiefend einzugehen. Eins sei aber schon vorab konstatiert. Deutschland kann man heute, für den Westen erscheint mir das erstaunlicher als für den Osten, wieder ohne Gänsefüßchen denken. Schon das ist ein beeindruckendes Phänomen, ruft man sich die früheren Bedenklichkeiten in Erinnerung.

- (1) Individuelle Freiheiten: Unstrittig, sowohl zwischen den Forschern als auch bei den Betroffenen selbst, das belegen zahlreiche Umfragen, ist das erreichte Potential individueller Freiheiten. Die Optionen sind für den ehemaligen DDR-Bürger in einem beträchtlichen Umfang gewachsen, so z. B. auf den Gebieten der Konsum-, Meinungs-, Presse- und Reisefreiheiten. Diese Möglichkeiten werden heute in einem Maße genutzt, daß sie zu kulturellen Selbstverständlichkeiten geworden sind und deshalb kaum mehr wahrgenommen werden. Sie sich ab und zu in Erinnerung zu rufen, ist trotzdem förderlich, werden so doch kognitive Dissonanzen reduziert.

- (2) Implementation des neuen Institutionensystems: Mit dem Beitritt zur Bundesrepublik entschied man sich auch für die Übernahme zentraler Institutionen der Bundesrepublik. Diese sind vergleichsweise schnell übertragen worden. Die Modernisierung und Dezentralisierung der Verwaltung und der Justiz ist innerhalb kurzer Zeit durchgeführt worden. Die monopolistisch organisierte Machtelite wurde vollständig aufgelöst und das Prinzip der Konkurrenzdemokratie eingeführt. In verschiedenen Sektoren der Gesellschaft fand eine mehr oder weniger große Zirkulation der Eliten statt. Einen fast totalen Austausch gab es in den Bereichen Politik, Justiz, Militär und Gewerkschaften. Die sozialistische Dienstklasse, weitgehend identisch mit dem sogenannten X-Bereich (Beer 1992: 6), der die Beschäftigten der Armee, Polizei, Staatssicherheit, des Zolls, der Parteien und Massenorganisationen umfaßt, wurde weitgehend, in einigen Sektoren nahezu vollständig abgebaut.

Mit der Abschaffung des SED-Regimes, der Auflösung der sozialistischen Dienstklasse, der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien und durch den Sachverhalt, daß nicht mehr Parteiloyalität als dominantes Aufstiegskriterium wirkt, wurden wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung einer Wirtschaft westlicher Prägung geschaffen. Hier verläuft die Transformation allerdings alles andere als zufriedenstellend, worauf noch einzugehen sein wird. Die Ursachen sind vielfältig und müssen auch vor dem Hintergrund der Ausgangssituation gesehen werden. Besonders hinsichtlich der

Infrastruktur hatte die DDR weitgehend von der Substanz gelebt. Deren Niveau lag weit unter dem, was in Westeuropa üblich war. Für den Bereich Verkehr lag es im Vergleich bei 18 Prozent, der Telekommunikation bei 40 Prozent des westeuropäischen Durchschnitts (Junkernheinrich 1995: 160). Und welche Konsequenzen die zunehmende Verwendung des Erwirtschafteten für den konsumtiven auf Kosten des produktiven Sektors hatte, das hat 1989 Gerhard Schürer, Vorsitzender der staatlichen Planungskommission, in seinem Geheimpapier³, in dem er die bevorstehende Zahlungsunfähigkeit der DDR konstatierte, deutlich gemacht. In den Städten seien jeweils Tausende Altbauwohnungen nicht bewohnbar, das Gesundheitssystem werde vernachlässigt, vor allem aber liege die Arbeitsproduktivität zur Zeit 40% hinter der der Bundesrepublik Deutschland zurück – eine Konsequenz fehlender Investitionen in das Produktivkapital. Der Verschleißgrad lag nach Schürer in der Industrie bei 54% und im Bauwesen sogar bei 67 Prozent. Hier liegen die Ursachen vielfältiger Probleme nach der Wende.

Wenn das Institutionensystem der Bundesrepublik vergleichsweise schnell und schmerzfrei übertragen worden ist, dann kann man zumindest drei Gründe dafür anführen. Erstens: Die Übertragung war von allen Seiten weitgehend gewollt; die Akzeptanz war und ist beträchtlich. Zweitens: Der Transformationsprozess wurde und wird durch bedeutende Transferzahlungen alimentiert (allein bis 1994 je nach Zählung bis zu 800 MRD. DM, Arbeitsgemeinschaft 1994: 19, Mitteldeutsche Zeitung vom 17.12. 1994; wenn auch schwer vergleichbar: die ERP-Hilfe ging von 1848 bis 1952 und betrug für die Bundesrepublik 4,2 Mrd. Dollar). Drittens: Ein Heer von Experten aus Bund, Ländern und Gemeinden unterstützte die Implementierung⁴.

Trotz aller unangenehmen Nebenfolgen (z. B. Arbeitslosigkeit) steht der Erfolg außer Frage und wird im Vergleich zu den Problemen in den osteuropäischen Staaten, „wo eigene Akteure den Umbau bewältigen mußten“ (Krasnodebski nach Kollmorgen 1994: 435), erst so richtig deutlich.

³ Nach Honeckers Sturz beauftragte das SED-Politbüro am 24. Oktober 1989 den Vorsitzenden der staatlichen Planungskommission, eine ungeschminkte Analyse der wirtschaftlichen Lage der DDR anzufertigen. Der Bericht ist vollständig abgedruckt in: Das Parlament vom 23. September 1994: 13f

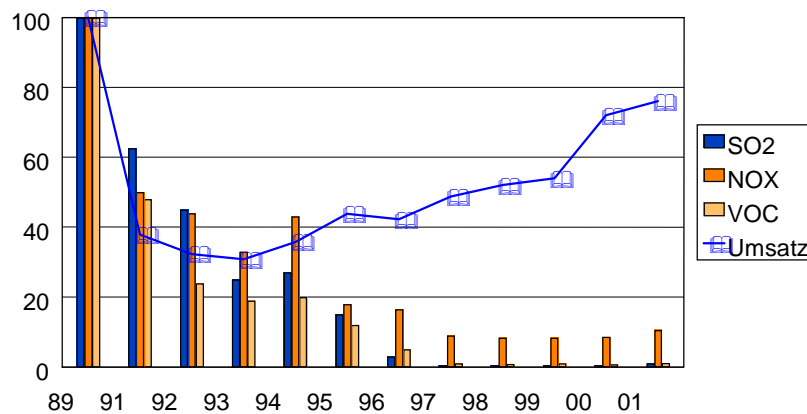
⁴ Zur Jahreswende 1992/1993 waren das etwa 34.500 Bedienstete aus dem Westen. Kurzfristige Hilfe und Beratung von Kommune zu Kommune, zwischen Regierungspräsidien, zwischen einzelnen Behörden und Dienststellen nicht gerechnet (Rosen 1993: 437).

- (3) Materielle Lebensbedingungen: Die Bürger in Ost- und Westdeutschland leben also in einem gleichen Institutionensystem und die Freiheitsrechte sind formal gleich. Kann man letztere aber in gleicher Weise in Anspruch nehmen? Wird das eine oder andere Recht, beispielsweise das des Konsums, des Reisens, nicht durch ein geringeres Einkommensniveau stärker begrenzt als im Westen? Liegen doch die realen Einkommen in Ostdeutschland immer noch 14% unter dem westdeutschen Niveau (Krause/Habich 2000: 321). Tatsächlich ist die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland keine reine Erfolgsgeschichte. Die Produktivität (Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen im Inland) liegt im Vergleich zu Westdeutschland bei 70%, von den Wachstumsraten der frühen 90er Jahre ist man augenblicklich weit entfernt – die Wirtschaft stagniert. Unter diesen Bedingungen wird der Aufholprozess eine unendliche Geschichte und die ostdeutschen Länder werden noch lange am westdeutschen Tropf (GG Art. 107 Abs.2: Finanzausgleich) hängen.

Wenn man auch in Ostdeutschland nicht von einem selbsttragenden Wirtschaftswunder sprechen kann, so haben sich doch die materiellen Lebensbedingungen dramatisch verbessert. So hat die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen und hochwertigen Konsumgütern westdeutsches Niveau erreicht (Krause/Habich 2000: 319). Wie schwierig war es vor der Wende an ein Telefon zu kommen? Heute hat die Telefondichte pro Haushalt nicht nur „Westniveau“ erreicht (Ost: 95,4%, West: 96,7%; Datenreport 2002: 131) sondern die dazugehörige Infrastruktur ist auch moderner als im Westen. Ähnlich sieht es mit der PKW-Dichte aus. Verglichen mit den Werten in Westdeutschland lagen die Zahlen im Jahre 1989 bei 50%, im Jahre 2000 liegen sie bei 90% (Stat. Jahrbuch 2001: 564). In Sachsen-Anhalt lag im Chemiedreieck „Bitterfeld-Halle-Leuna“ das Dreckloch Deutschlands. Heute nimmt Halle im Vergleich zu den ostdeutschen Großstädten hinsichtlich der Luftqualität einen der vorderen Plätze ein (Sahner 2002). Die Umweltsituation hat sich grundlegend verbessert. Der für Ostdeutschland lange typische Braunkohlengeruch in der Heizperiode ist verschwunden. Die Schwefeldioxidbelastung früher hochbelasteter Regionen wie z. B. Halle sank von 115 Mikrogramm pro Kubikmeter im Jahre 1991 auf etwa 35 im Jahre 1996 und hat sich damit exakt den Werten vergleichbarer westdeutscher Regionen (Rhein-Ruhr-Gebiet) angepaßt (Stat. Jb. der Stadt Halle 1996: 167). Kein Wunder, die Heizungen wurden vorwiegend auf Erdgas umgestellt. Heizte man in Halle im Jahre 1993 noch in 25% der Wohnungen mit Kohle, so waren es im Jahre 2001 nur noch 4% (Sahner 2002). In den Flüssen kann wieder

geangelt und das Trinkwasser, vor dessen Genuß die Zeitungen häufig warnen mußten (z.B. „Bild“ Halle, 26. 10.1992), kann wieder getrunken werden. Das ist nicht nur ein Ergebnis des Zusammenbruchs der chemischen Produktion, denn seit 1993 expandiert die Produktion der chemischen Industrie wieder, während der Ausstoß von Luftschadstoffen weiter zurückgeht (Abb. 1).

Abbildung 1: Ausstoß von Luftschadstoffen – chemische Industrie Ostdeutschlands (1989 = 100; Umsatzentwicklung zum Vergleich)



Quelle: Verband der chemischen Industrie e.V. LV Nordost (W. Blümel)

Das je spezifische Institutionensystem in Ost- und Westdeutschland hatte selbstverständlich auch Auswirkung auf den umbauten Raum und in besonderer Weise auf die Städte. Vergleicht man die Bedingungen „sozialistischer“ und „kapitalistischer“ Stadtentwicklung, so waren die Voraussetzungen für ein humanistisches Programm in Ostdeutschland in der Tat nicht ungünstig. Frei von Profitinteressen konnte in einer Gesellschaftsordnung, die auf das Gemeinwohl gerichtet war, dieses Ziel langfristig und begleitet von streng hierarchischen Kontrollprozessen verfügt werden. Stadtgestaltung aus einem Guß war vergleichbar höchstens im Absolutismus möglich. Das Ergebnis nach vierzig Jahren Sozialismus war aber ernüchternd. Die Gebäudeschäden waren z. B. beträchtlich. So waren in Halle, das im Vergleich zur übrigen DDR eine junge Bausubstanz (Sahner 1996: 458) aufweist, 44% der Bürger der Meinung, ihr Haus bedürfe der Rekonstruktion oder sei abbruchreif (1,3%; Mnich/Schwiete 1996: 73). Der Bauzustand der in der DDR vor 1945 errichteten Mehrfamilienhäuser wies 1990 zu 40 %

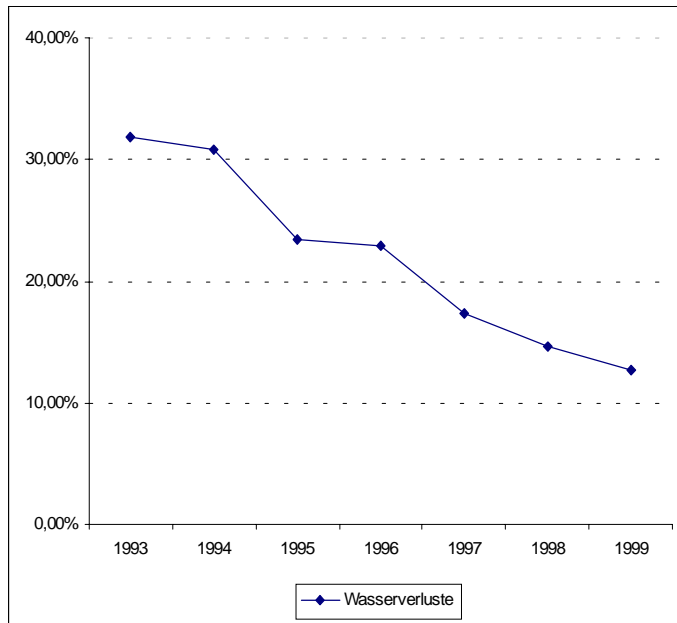
schwerwiegende Schäden auf oder war in der Funktion unbrauchbar (11%; Winkler 1990). Die Altbauviertel verfielen, und die Innenstädte, denen man zu Beginn eine so hohe Priorität bei der Ausgestaltung eingeräumt hatte, waren – als Aufmarschplätze häufig ausgeräumt – leer und windig. Besonders hinsichtlich der Infrastruktur hatte man von der Substanz gelebt. In Halles Innenstadt – und ähnliches galt für andere ostdeutsche Städte auch – war das Abwasserkanalnetz älter als 60 Jahre. Die Krise der Stadt wurde durchaus selbstkritisch als eine Krise der Gesellschaft gedeutet (Flierl 1991: 49) und mancher machte die Krise der Städte mit verantwortlich für die revolutionäre Bewegung 1989 (Hunger 1991: 32). Schlaglichtartig machen zwei Entwicklungen die Veränderungen seit 1990 deutlich, nämlich der Rückgang der Wasserverluste im Leitungsnetz, die für die Erneuerung der Infrastruktur stehen (Abb. 2) und die Entwicklung der Wohnzufriedenheit seit 1993 (Abb. 3), Waren 1993 noch 23,4 % der Bürger von Halle mit ihrer Wohnung zufrieden oder sehr zufrieden, so waren es im Jahre 2001 schon 64,7%. Daß zu diesem Zeitpunkt 57,6% (Petermann 2002: 56) der Bürger seit 1990 umgezogen waren, wirft ein Schlaglicht auf den Wandel in Ostdeutschland.

Das alles – die Zunahme der Optionen, die Verbesserung der Wohnsituation und des Wohlstandsniveaus sowie der Umweltbedingungen - hat und hatte konkrete Auswirkungen auf die Bürger Ostdeutschlands, und das in einem umfassenden Sinne. Nicht nur, daß Atemwegserkrankungen zurückgegangen sind und der Gesundheitsstand sich allgemein verbesserte, sondern auch die Selbstmordquote ging zurück. Die DDR zählte zu den Gesellschaften mit hoher Selbstmordrate. Sowohl die der Männer als auch die der Frauen lagen in der DDR deutlich über denen der Bundesrepublik. Seit der Wende nähern sie sich denen der Westdeutschen an. Waren in Ostdeutschland (Westdeutschland) unter den Männern von 100.000 Einwohnern 1990 noch 36 (22) Suizide zu beklagen, waren es 1994 nur noch 28 (22). Ähnlich sieht die Entwicklung bei den Frauen aus; 1990: 15 (9); 1994: 10 (8) (IWH 1995: 127). Daß die Suizidraten sich so deutlich reduziert haben, geht vermutlich zu einem großen Teil auf die Veränderung der Lebensbedingungen gerade der älteren Bürger zurück, die eindeutig zu den Gewinnern der Wiedervereinigung zählen. Wer einmal den Euphemismus „Feierabendheim“ kennengelernt hat, kann sie nur beglückwünschen.

Das alles deutet auf eine wesentliche Verbesserung der Lebensverhältnisse hin. Dies wird auch von den Bürgern selbst so wahrgenommen. Auf die Frage „Wie beurteilen Sie die gegenwärtige persönliche wirtschaftliche Lage“ antworteten 1993 27,1% der befragten Hallenser Bevölkerung mit sehr gut bzw. gut und im Jahr 2001 waren es 44,1% (Petermann 1999: 33, 2002: 66). Und wie sind diese ganzen Daten mit der Aussage vereinbar, daß in Ostdeutschland die Armut wächst (z.B. Junge Welt v.1./2. November 1997)? Sprechen die Zahlen von denen hier berichtet wird nicht für sich? Offenbar nicht: „Sei 1990 in der DDR nur jeder Dreiunddreißigste von Armut betroffen gewesen, sei es in diesem Jahr jeder Zwölfte“ (Manfred Stolpe nach einer Presseerklärung der Zeitschrift „Junge Welt“ vom 1. 11. 1997: „Im Osten wächst die Armut ‚Sozialreport 1997‘ vorgestellt: zunehmende Hoffnungslosigkeit“).

Wie sind solche Aussagen vereinbar, daß es jedem besser geht und die Armut zunimmt? Ganz einfach! Hier wird auf den relativen Armutsbegriff rekurriert. Danach ist man arm, wenn man unter 50% des Durchschnittseinkommens liegt. In Elendszonen der Erde, in der alle „nichts“ haben oder in einer Gesellschaft in der alle über das knapp oberhalb des Existenzminimum liegende Durchschnittseinkommen verfügen, gibt es die so definierte Armut nicht, jedoch in einer reichen Gesellschaft mit einer ungleichen Einkommensverteilung. Denn dieser Armutsbegriff sagt nichts über das Niveau aus. Da aber nach der Wende die Ungleichverteilung des Einkommens (auch des Haushaltseinkommens) zugenommen hat (wenn auch überraschend gering, vgl. Krause/Habich 2000: 323f), wächst notwendig der Anteil derer, die weniger als 50% des Durchschnittseinkommens verdienen. Gleichzeitig hat sich aber nach allen seriösen Veröffentlichungen das Einkommensniveau, auch das preisbereinigte Netto-Haushaltseinkommen, kräftig erhöht. So stieg das verfügbare monatliche Einkommen nach der Vereinigung von 1991 bis 1997 in Ostdeutschland um 72% (Westdeutschland: 17%) und das Äquivalenzeinkommen im gleichen Zeitraum um 81% (Westdeutschland: 19%). Die Einkommensrelationen von neuen zu alten Bundesländern unter Berücksichtigung der Kaufkraftparitäten haben sich von 69% im Jahre 1991 auf 86% im

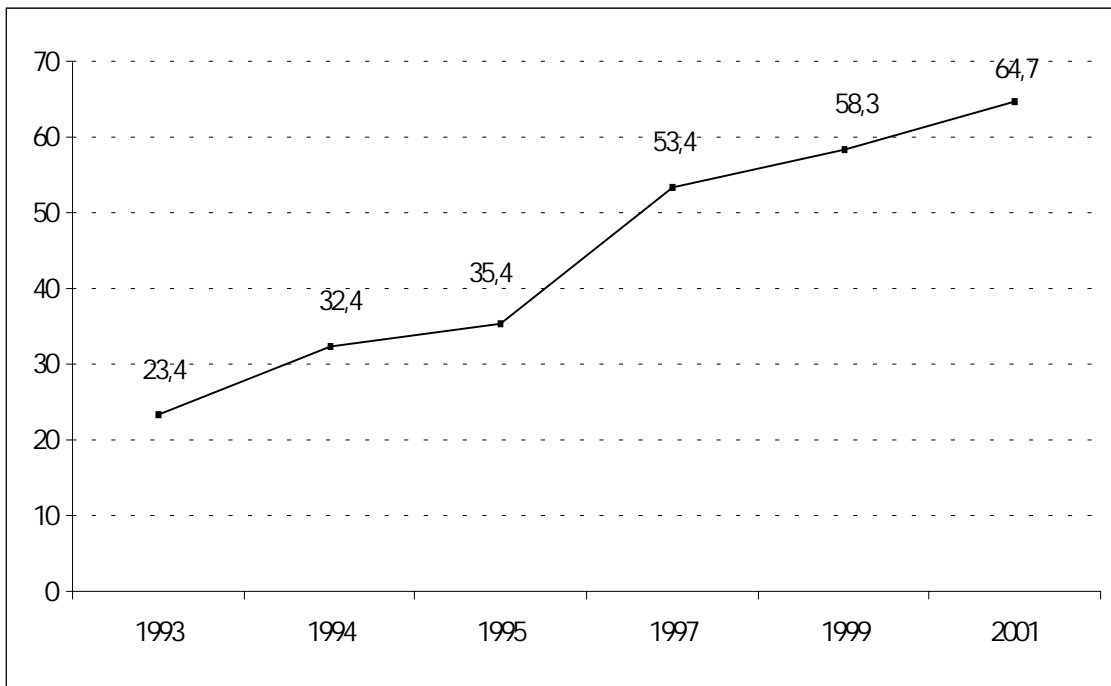
Abbildung 2: Daten zur Entwicklung der Infrastruktur in Halle/S.



	Dimen- sion	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Bereitstellung Trinkwasser	Tm³/a	33.969	32.711	28.446	26.213	23.848	27.653*	25.768
Wasser- verluste	%	31,8	30,8	23,4	22,9	17,4	14,6	12,7
Investitionen Trinkwasser	Mio. DM		33,3	23,3	20,4	18,5	19,2	15,4
Investitionen Abwasser	Mio. DM		64,0	77,6	54,0	40,9	59,4	51,3
Rohrschäden	Stck.				2.032	2.107	2.052	2.179

* ab 1998 incl. Durchleitung Trinkwasser Merseburg

Quelle: Mitteilungen der „Hallesche Wasser und Abwasser GmbH“ v. 6. 11. 2000

Abbildung 3: Wohnzufriedenheit in Halle 1993-2001 (Angaben in Prozent)

Quelle: Bürgerumfrage in Halle; Petermann 1999, 2002

Jahre 1997 erhöht (vgl. zu diesen Zahlen Krause/Habich 2000: 319f). Und legt man das westdeutsche Durchschnittseinkommen als Referenzeinkommen zur Ableitung der Armutsschwelle zugrunde, so hat sich die Armutsquote - in dem oben definierten Sinne einer 50-%-Schwelle - aufgrund der starken Einkommenssteigerung ausgehend von einem hohen Niveau deutlich verringert: Waren im Jahre 1990 von den ostdeutschen Bürgern 26% arm, so waren es im Jahre 1997 nur noch 10% (Krause/Habich 2000: 323).

Indem man Armut als Abweichung vom Durchschnittseinkommen definiert, macht man sie letztendlich unbesiegbar. Aber auch wachsende Armut, im oben definierten Sinne ist vereinbar mit Wohlstandssteigerung für alle.

Der Wiedervereinigung ist zwar kein zweites Wirtschaftswunder, aber so etwas wie ein Wohlstands- und Einkommenswunder gefolgt.

- (4) Mentale Differenzen: Haben sich die Wohlstandsdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschland gravierend verringert und auf manchen Feldern der Güterausstattung

kaum noch wahrnehmbar, so sind die Differenzen in den Mentalitäten und im sozialen Handeln noch recht deutlich. Das hat seine historischen Gründe. Die Prägekraft von Institutionen braucht seine Zeit. Die materielle Kultur diffundiert wesentlich schneller als die immaterielle, das ist vielfach belegt (Ogburn 1922, 1969) und die Eliten, die für die Vermittlung und Durchsetzung von kulturellen Innovationen Verantwortung tragen sind Innovationen gegenüber weniger offen (Sahner 1975: 113ff, 164ff). Man ist schneller von einem Trabi auf einen Golf umgestiegen als daß man das Koordinatensystem sozialen Handelns ausgetauscht hat. Wenn das dem Westdeutschen schwer fällt nachzuvollziehen, dann sei er an die ungeheurigen Schwierigkeiten erinnert, die es bereitete (und bereitet) lediglich die Ladenschlusszeiten zu ändern. In solchen Zeiten der Verunsicherung benötigt man ein Vehikel, um von der einen Sinnprovinz zu einer anderen übergreifen zu können. Diese transitorische Funktion erfüllt zu einem guten Teil die PDS. Wer weiß, zu welchen Vereinigungsproblemen es gekommen wäre, wenn es sie nicht gegeben hätte bzw. gäbe?

Ein zweiter Gesichtspunkt muß angesprochen werden, wenn es gilt, die mentalen Unterschiede zwischen Ost und West zu erklären, nämlich der der relativen Deprivation. Nicht nur die Wissenschaft, auch der Bürger lebt vom Vergleich. Es geht zwar „jedem“ besser, aber doch nicht so gut wie den Bürgern Westdeutschlands. Und die wehren sich – mit aus ihrer Sicht sicher guten Gründen – gegen ein weiteres „Teilen“. Sie verweisen auf die Transfermilliarden. Der ostdeutsche Bürger verweist eher darauf, daß er den verlorenen Krieg gleich zweimal bezahlen mußte und er auch als ganz junger Mensch im Durchschnitt nicht die Chance hat, auf ein im Westen übliches Vermögensniveau zu kommen. Man denke allein an die in der Nachkriegszeit im Westen erworbenen Vermögen, die nun vererbt werden. Viele der älteren Bürger werden aber noch nicht einmal zu einem vergleichbar hohem Einkommen bzw. Rente kommen, erst recht nicht zu einem annähernd hohen Sparguthaben, geschweige denn zu ähnlichen Vermögen (Immobilien). Ist das gerecht, nur weil man nach dem Krieg zufälligerweise ein paar Kilometer zu weit östlich wohnte? Und keiner läßt sich gern nachsagen, daß er aufgrund von Transferleistungen auf Kosten anderer lebt. Hätten die ostdeutschen Bürger ihren neu gewonnenen Wohlstand sich selbst erarbeiten können, wie es den Westdeutschen möglich war, sie hätten leichter eine neue Identität gewinnen können.

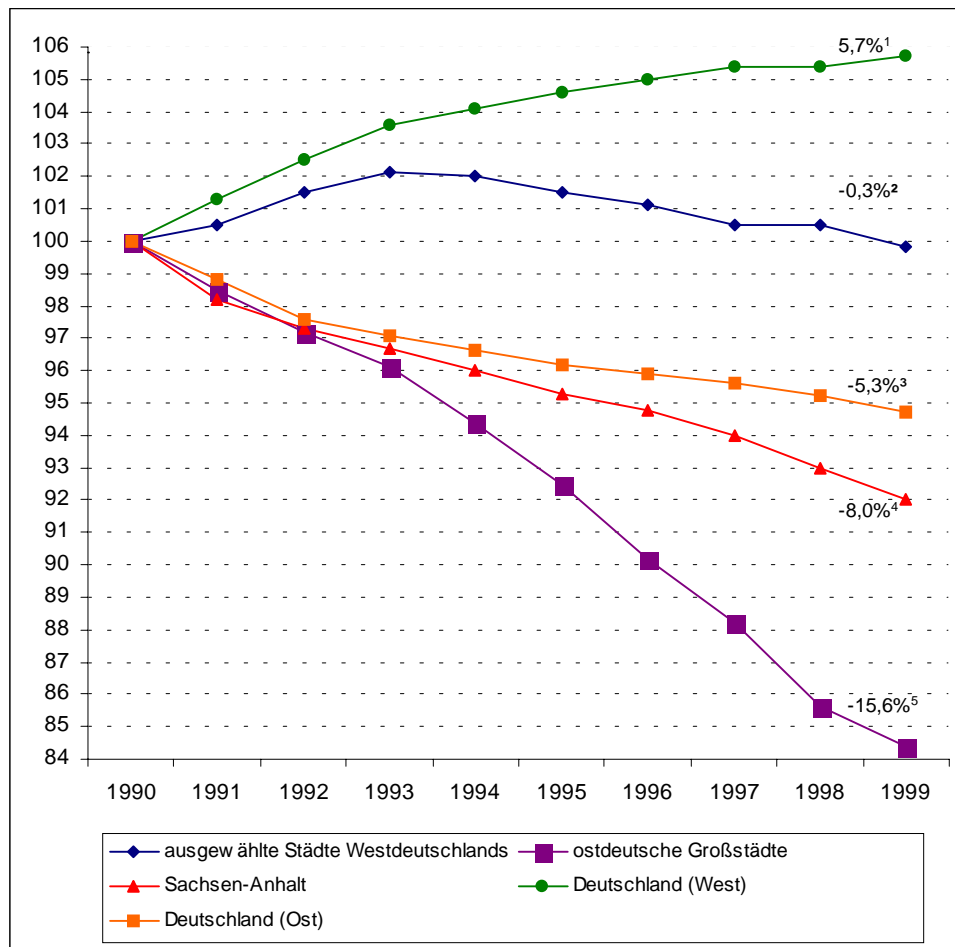
3. Die handlungsleitende Funktion von Institutionen: Bewegungen nach der Wende

Die Öffnung der Grenzen, die Abschaffung der Diktatur des Proletariats, die Verwaltungsautonomie der Gemeinden, überhaupt der Austausch der Rahmenbedingungen individuellen und kollektiven Handelns leitete einen rapiden sozialen Wandel ein, der hier anhand der Wanderungsströme und des generativen Verhaltens angesprochen werden soll.

Seit 1990 hat die Bevölkerung in Westdeutschland bis 1999 fast 6% zugenommen, während sie in Ostdeutschland um über 5,3% (im Land Sachsen-Anhalt um 8%) abgenommen hat (Abb. 4). Die ostdeutschen Großstädte sind überproportional von diesem Bevölkerungsverlust betroffen, worauf noch einzugehen sein wird. Sie haben im Durchschnitt bis zum Jahre 1999 (bereinigt um Eingemeindungen) fast 16 Prozent ihrer Einwohner verloren. Das hat seine - letztendlich - wirtschaftlichen Gründe. Sei es, daß durch wirtschaftliche Unsicherheit die Geburtenquote sank, sei es, daß aufgrund der nunmehr möglichen Mobilität ein Arbeitsplatz in Westdeutschland gesucht wurde, sei es, daß aufgrund des steigenden Wohlstands und wachsender Wahlmöglichkeiten eine Stadt-Land-Wanderung einsetzte.

Denn, nachdem die Grenzen gefallen waren und die Wirtschaft sich der internationalen Konkurrenz stellen mußte, zeigte sich umgehend, daß sie nicht wettbewerbsfähig war. Die Nachfrage nach Produkten aus Ostdeutschland ging radikal zurück. Sicher hatte das auch seine Ursache darin, daß traditionelle Märkte in Osteuropa weggebrochen waren, kann damit aber nicht allein erklärt werden. Die ostdeutsche Wirtschaft wäre auch bei weiterhin konstanter Nachfrage aus Osteuropa der westlichen Wirtschaft unterlegen gewesen. Die Situation wurde noch durch das Konsumverhalten der Bürger verstärkt, deren - durch die Währungsunion gestärkte - Kaufkraft sich vorwiegend auf "West"-Produkte richtete. Die Konsequenz war ein gravierender Einbruch vorwiegend des gewerblichen Sektors mit rapide steigenden Arbeitslosenzahlen, die zu Beginn der neunziger Jahre rasch die Zahl von einer Million erreichte. Dies waren aber nur die von der Statistik als arbeitslos registrierten Bürger.

Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland 1990 - 1999 (%)



- 1) Bevölkerungsgewinn Westdeutschland 1999 zu 1990
- 2) Durchschnittlicher Bevölkerungsverlust der ausgewählten westdeutschen Großstädte im Jahre 1999 bezogen auf 1990
- 3) Bevölkerungsverlust Ostdeutschland 1999 zu 1990
- 4) Bevölkerungsverlust von Sachsen-Anhalt 1999 zu 1990
- 5) Durchschnittlicher Bevölkerungsverlust der ostdeutschen Großstädte im Jahre 1999 bezogen auf 1990; bereinigt um Eingemeindungen; 1999: auf der Basis von zehn Städten

Bevölkerungsstand ausgewählte Städte Westdeutschlands 1999 bezogen auf 1990:

Aachen 101,9	Bochum 99,4	Braunschweig 96,0	
Bremen 98,4	Hannover 101,0	Kassel 101,5	
Köln 101,3	Mainz 99,6	Mannheim 99,8	
München 97,9	Saarbrücken 96,2	Ulm 105,6	Wiesbaden 104,0

Bevölkerungsstand ostdeutsche Großstädte 1998 bezogen auf 1990:

Chemnitz 81,4	Cottbus 83,6	Dresden 90,5	
Erfurt 84,5	Gera 86,8	Halle 83,5	
Jena 91,1	Leipzig 84,4	Magdeburg 85,9	
Potsdam 91,7	Rostock 82,8	Schwerin 82,3	Zwickau 83,7

Die ganze Misere wird aber dadurch nicht ganz offenkundig, denn das Niveau der Personen, die einen sicheren Arbeitsplatz hatten, ist von ursprünglich fast 10 Millionen (durch die hohe Quote der Frauenarbeit⁵) auf unter 6 Millionen abgeschmolzen. Viele gingen in den Vorruhestand andere in die Kurzarbeit, traten in immerwährende Umschulungsprozesse ein oder gingen einer ABM-Tätigkeit nach (vgl. Sahner 1994, Lutz/Grünert 1996). Mit anderen Worten, fast jeder zweite fühlte sich zurückgesetzt. In fast jeder Familie gab es zu kurz Gekommene. Das blieb nicht ohne Konsequenz für die weitere Lebensplanung. Und die Individualentscheidungen hatten auch Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland insbesondere auf die der Städte. Die Geburtenziffer - traditionell durch eine entsprechende Bevölkerungspolitik in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland - fiel noch unter die von Westdeutschland und viele besonders der jüngeren und gut ausgebildeten Bürger suchten sich in Westdeutschland einen sichereren und in der Regel besser bezahlten Arbeitsplatz.

Es ist eine ganz normale Reaktion und in der Geschichte immer wieder zu beobachten, daß in Zeiten der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit, die Lebensplanung überdacht wird. In besonderer Weise gilt dies für die Familienbildung und das generative Verhalten. So sank die Zahl der Eheschließungen je 1000 Einwohner in Ostdeutschland von 7,9 im Jahre 1989 auf 3,5 im Jahre 1997 und die Zahl der Geburten von 12 im Jahre 1989 auf 5,1 im Jahre 1993 und 1994, um seitdem wieder langsam anzusteigen. Die Zahl je 1000 Einwohner beträgt im Jahre 1997 aber auch erst wieder etwa die Hälfte des Ausgangswertes, nämlich 6,4. Es paßt in dieses Bild, daß die Scheidungen während dieser Zeit zurückgingen. Demgegenüber erfuhren diese Zahlen in Westdeutschland keine dramatischen Änderungen. Die Werte liegen auch heute noch deutlich über dem ostdeutschen Niveau (Mau/Zapf 1998). Anzumerken bleibt, daß diese gravierenden Änderungen im generativen Verhalten in Stadtregionen dramatischer ausfallen als im ländlichen Bereich.

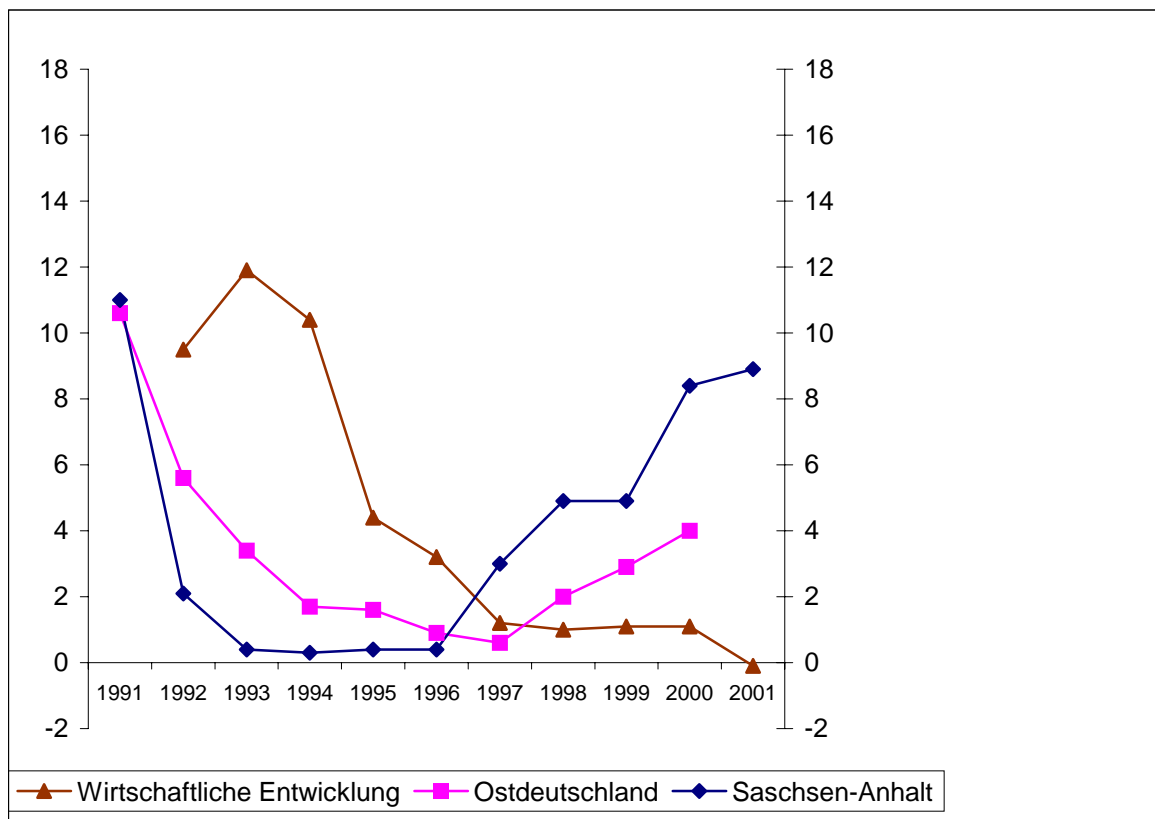
Wie die wirtschaftliche Situation das generative Verhalten beeinflusst, so hat sie auch Einfluß auf das Wanderungsverhalten. Dies ist der zweite wichtige Faktor für die rückläufige Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. Städtische Regionen sind aufgrund struktureller

⁵ Die Erwerbstätigenquote (der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung) ist noch heute in Ostdeutschland höher (52,7%; Frauen: 47,9%, Männer: 58,2%) – bei deutlich höherer Arbeitslosigkeit - als in Westdeutschland (48,1%; Frauen: 40,6%; 56,2%; Stat. Jb.2001: 102; vgl. auch Datenreport 2002: 88ff). Die Erwerbsbeteiligung der Frauen stieg in Ostdeutschland von 52,4% im Jahre 1950 (Anteile an den erwerbsfähigen Frauen) auf 90,3% im Jahre 1989 an. Bei den Männern lag er zu diesem Zeitpunkt bei 93,3% (Grünert 1996: 32, 54). Die unterschiedlich hohe Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland ist auch ein Ergebnis unterschiedlichen Erwerbsverhaltens.

Besonderheiten hierfür anfälliger als ländliche Regionen. Das Durchschnittsalter ist niedriger, die Ausbildung im Schnitt besser und die regionale Identität geringer.

Wenn wir von Wanderungen reden, müssen wir aber zwei Entwicklungen auseinanderhalten. Einmal die zu beobachtende Ost-West-Wanderungen und zum anderen die Stadt-Land-Wanderung. In den ersten Jahren nach der Wende dominierte die Ost-West-Wanderung eindeutig die West-Ost-Wanderung (Abb. 5). Diese Wanderungsströme haben sich aber im Laufe der Zeit, zumindest bis zum Jahre 1997, nahezu angeglichen. Das Wanderungsdefizit reduzierte sich von 169.500 Einwohner (1991) über die Jahre auf schließlich lediglich 10.400 im Jahre 1997. Zu diesem Zeitpunkt konnte man fast von einer Normalisierung sprechen. Obwohl die Jobfindungschancen bei höherem Einkommensniveau in Westdeutschland immer noch eindeutig besser waren, reichten diese Anreize nicht mehr zu einer nennenswerten Abwanderung aus. Erst als das Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland nahezu stagnierte

Abbildung 5: Wanderungsbilanz und wirtschaftliche Entwicklung



Linke Skala: Fortzüge – Zuzüge (%)

Rechte Skala: Veränderung des Bruttoinlandprodukts im Vergleich zum Vorjahr (%)
Wirtschaftliche Entwicklung

(Fortschritte 2002: 185) wurde die Wanderungsbilanz wieder deutlich negativ. Dennoch schrumpften und schrumpfen die Bevölkerungszahlen der ostdeutschen Städte immer noch überproportional und können auch nicht allein durch das Geburtendefizit erklärt werden. Ursache ist eine zunehmende Stadt-Umland-Wanderung. Mit den zunehmenden Wahlfreiheiten, dem Anstieg des Wohlstands bei zunehmender Differenzierung der Einkommen und wachsendem Wohnungsangebot in den Umlandgemeinden der Städte, entwickelt sich eine beträchtliche Wohnsuburbanisierung. Während alle Groß- und Mittelstädte in Ostdeutschland und die meisten Landkreise Einwohner verlieren, nimmt lediglich die Bevölkerung im Umkreis großer Städte zu. Ein Phänomen, das in allen ostdeutschen Ländern zu beobachten ist, aber an einem Beispiel quantitativ genauer umrissen werden soll. So sind aus der Stadt Halle von 1992 bis 1996 11.906 Bürger in den Saalkreis gezogen. Auf das Konto des Geburtendefizites geht in dieser Zeitspanne lediglich ein Bevölkerungsverlust von 6247. Dagegen ist der um Halle gelegene Saalkreis von 64.000 Einwohnern im Jahre 1990 auf 76.239 im Jahre 1997 gestiegen⁶.

Hier wird etwas nachgeholt, was in Westdeutschland sich schon lange vollzieht, nämlich ein deutlicher Suburbanisierungsprozess. Soll man dem wehren? Und wenn ja wie? Dies ist ein Beispiel dafür, wie individuelle Interessen, Interessen kollektiver Akteure, aber auch allgemeine Interessen kollidieren. In einer liberalen Gesellschaft mit Individual- und Gemeindeautonomie, können und sollen hier keine Verbote eingeführt werden. Die Individuen nutzen die neuen Bewegungsspielräume vor dem Hintergrund ihrer Prioritäten aus. Das ist genau so legitim wie das Interesse des Saalkreises, die Steuerkraft zu erhöhen und gleichzeitig die Wohnbevölkerung so zu erhöhen, daß das bei der Kreisreform festgesetzte Limit von mindestens 100.000 Einwohnern erreicht wird. Und die Stadt Halle hat ein ureigenes Interesse, den Bevölkerungsstand zu halten oder gar zu mehren - und dies auch aus den unterschiedlichsten Gründen (z. B. Einkommensteuer erhöhen, an Einwohnerzahlen gebundene Transferzahlungen sichern; schließlich werden steigende/fallende Bevölkerungszahlen mit Erfolg/Mißerfolg gleichgesetzt usw.).

⁶ Welches Potential an Pull-Faktoren im Umkreis der Stadt Halle erwachsen ist, geht aus der Anzahl der genehmigten und geplanten Wohneinheiten (WE) in der Höhe von 16.247 hervor. Da es sich hier nicht nur um Einfamilien-, sondern auch um Mehrfamilienhäuser handelt, kommt man bei einer bescheiden angesetzten Belegungsrate von 4 Personen pro WE, zu einem Aufnahmepotential von etwa 70.000 Personen. Diese Möglichkeiten, selbst wenn zwischenzeitlich aufgrund der Entwicklung nicht alle Pläne realisiert werden, haben keine Chance ausgeschöpft zu werden, sind aber ein Beispiel für falsch gesetzte Förderungsanreize, denn es handelt sich zu einem großen Teil um Abschreibungsobjekte.

Es werden jedoch auch allgemeine Interessen berührt. Ein augenfälliger Sachverhalt, der in Westdeutschland meist negativ bewertet wird, fehlte in Ostdeutschland bis zur Wende ganz, nämlich das breiige Zerfließen der Städte in das Umland. Neben ästhetischen Gesichtspunkten sind aber auch materielle zu bedenken. Suburbanisierung verbraucht Land und erzeugt Verkehr. Vor dem Hintergrund der UN-Konferenz von Rio im Jahre 1992 und der lokalen Agenda 21 geht es gerade darum, die hohe Wohndichte der Städte zu erhalten, wenn nicht noch auszubauen und so der ungebremsten Zersiedlung, zur Verwirklichung des Prinzips der Nachhaltigkeit, Einhalt zu gebieten. Ja, Städte, die auch heute noch häufig als Kostgänger des Landes bezeichnet werden, sichern das Prinzip Nachhaltigkeit. In Deutschland leben ca. 80% der Bevölkerung in Städten (die Verstädterung läßt sich weltweit beobachten). Würde der Raum gleichmäßig besiedelt, wäre von den heute noch existierenden naturnahen Räumen nicht mehr viele übrig! Insofern gilt es in Ostdeutschland etwas zu erhalten.

Zusammenfassend kann man sagen, so bedauerlich die Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland in vielerlei Hinsicht auch ist, so trägt sie doch in mancherlei Hinsicht Züge der Normalisierung. Für die Städte hat diese Entwicklung jedoch bedeutende Nachteile. Mittlerweile haben die ostdeutschen Großstädte seit 1990 etwa 20% der Einwohner verloren. Das sind Verluste, die auch in westdeutschen Großstädten die Alarmglocken erklingen ließen. Das bedeutet Wohnungsleerstand. Mittlerweile gibt es Abrißprogramme, denn auch leerstehende Wohnungen verursachen Kosten, sind kaum einladend und laden zu weiteren Devastierungen ein. Nachfrageausfall überall, beim ÖPNV und vor allem beim Einzelhandel. Wie kann man unter diesen Bedingungen die Innenstädte beleben?

Am Prozeß der Revitalisierung der Innenstädte und der Problematik der Stadt-Umland-Beziehungen läßt sich besonders gut nachvollziehen, welche Konsequenzen die Veränderungen der Randbedingungen für das Verhalten der individuellen und kollektiven Akteure hatte und hat. So war die Aufhebung des Prinzips der Zentralität, in diesem Fall des "demokratischen Zentralismus" und die Einführung der Verwaltungsautonomie der Gemeinden (GG: Art. 28, Abs.2) von einschneidender Bedeutung. Der Autonomiegrad der ostdeutschen Gemeinden überstieg in der Nachwendephase sogar die der westdeutschen Gemeinden, weil die die übergeordneten Planungsvorgaben kontrollierenden Zwischeninstanzen noch nicht geschaffen bzw. noch nicht funktionstüchtig waren, z. B. die Bezirksregierungen. Dies und eine Reihe weiterer Gründe führte innerhalb kurzer Zeit dazu, daß im Weichbild der Städte, vorzugsweise an den Schnittstellen von Autobahnen,

Einkaufszentren auf der grünen Wiese entstanden und zwar in Größenordnungen, die in mancherlei Hinsicht, das im Westen Übliche in den Schatten stellten, während in den Innenstädten der Einzelhandel nicht so richtig erblühen wollte. Dies alles hat seine Gründe.

Erstens waren dem Kaufkraftschub nach der Wirtschafts- und Währungsunion die dürftigen Verkaufsflächen in den Innenstädten, die zunehmend mit dem Auto⁷ angesteuert wurden, nicht mehr gewachsen.

Zweitens standen einer raschen Expansion der Verkaufsfläche in den Innenstädten gleich mehrere Hindernisse im Wege. Da waren zunächst die ungeklärten Eigentumsfragen. Gerade in den Innenstädten mit ihrer in der Regel kleinen Parzellierung hat das Prinzip Restitution vor Entschädigung einen zügigen Neuanfang erschwert. Gesichtspunkte des Denkmalschutzes behinderten und verzögerten die Planungen. Aber selbst ohne diese Hindernisse hätten die Innenstädte den anbrandenden Verkehr nicht aufnehmen können. Die Infrastruktur, vor allem die Straßen, waren in einem katastrophalen Zustand. Man hätte, wie die Verantwortlichen vor Ort sagten, eben alles zu gleicher Zeit schaffen müssen. Dies war zwar nicht möglich, wird sich aber langfristig noch als Vorteil für die Städte erweisen.

Demgegenüber waren die Stadtrandgemeinden in einer ganz anderen Situation. Frei von ungeklärten Eigentumsverhältnisse konnten sie, unterstützt von "Developern" ebenerdige und großflächige Warenhäuser (zuweilen geringschätzig als "Hüttendörfer" oder "Flachmänner" gekennzeichnet) mit ausreichendem Parkraum errichten.

Schon im Jahre 1995 entfiel auf je ein Einwohner in den neuen Ländern bereits zweieinhalb mal so viel Verkaufsfläche in Einkaufszentren wie in den alten Bundesländern (Güttler u. a. 1995). Seitdem ist weiter ausgebaut worden. In den alten Bundesländern befinden sich Mitte der neunziger Jahre 25-30% der Verkaufsfläche im Außenbereich der Städte. In Ostdeutschland liegt dieser Anteil bei 55%. Die Städte können nur etwa 5-15% der Kaufkraft binden. Bedenkt man ferner die im Vergleich zum Westen geringere Kaufkraft und darüber hinaus den Einwohnerverlust, kann man daran die Probleme ermessen, die sich einer Revitalisierung der Innenstädte in den Weg stellen. Sicher hat die Suburbanisierung des Handels im Westen den innerstädtischen Einzelhandel auch belastet, aber während dieser dort

⁷ Im Jahre 1997 gibt es in den untersuchten Städten kaum noch einen Unterschied. In ostdeutschen Städten kommen auf einen Einwohner 0,52 und in westdeutschen Städten 0,54 Personenkraftwagen (jeweils ungewogener Mittelwert). Quellen: BBR (1998), Deutscher Städtetag (1997.)

bereits fest etabliert war als die Warenhäuser auf der grünen Wiese entstanden, hat der Fachhandel in den ostdeutschen Städten dazu kaum eine Chance gehabt.

Dieser Prozeß der Suburbanisierung sowohl des Handels als auch der des Wohnens hat sich nicht nur nachteilig auf die Stadtentwicklung ausgewirkt, sondern er bedeutet auch Verbrauch naturnaher Räume und fördert den Verkehr, steht also dem Prinzip der Nachhaltigkeit entgegen. Er verläuft zudem anders als im Westen, nämlich schneller, "naturwüchsiger" (ungeplanter) und in einer anderen Reihenfolge. Während im Westen der Wohnsuburbanisierung - begleitet von einem Ausbau der Infrastruktur, besonders der Verkehrswege - die Einkaufszentren auf der "grünen Wiese" folgten, verläuft die Reihenfolge im Osten umgekehrt. Die Einkaufszentren in Ostdeutschland wurden gebaut, bevor eine hinreichende Infrastruktur gegeben war. Zwar findet man sie an günstigen Stellen überregionaler Autoverkehrswege, dennoch sind das Straßennetz und die sonstigen Zubringer nicht darauf eingestellt. Konnten sich im Westen z. B. die Erbauer der Einkaufszentren an einer bereits ausdifferenzierten Verkehrsinfrastruktur orientieren, kann man für den Osten mit einer gewissen Berechtigung behaupten: Infrastruktur folgt (hoffentlich) den Einkaufszentren und den Wohnparks.

Die Einkaufszentren sind häufig als Totengräber der Innenstädte apostrophiert und der Beschluß Restitution vor Entschädigung als gravierende Fehlentscheidungen bezeichnet worden. Manches sieht man mittlerweile differenzierter. Die Einkaufszentren haben sehr früh schon Kaufkraft im Osten gebündelt, die Einkaufsfahrten in den Westen reduziert, Arbeitsplätze geschaffen und Steuereinnahmen gesichert. Man stelle sich zudem nur einmal den Gründungsboom, der auf der grünen Wiese stattfand, im innerstädtischen Bereichen vor! Eine zweite Devastierung hätte stattgefunden. So aber konnte der Forderung nach einer autogerechten Innenstadt leichter widerstanden werden. Die Forderung nach einer Renaissance der Straßenbahn, häufig im Westen zu hören, ist im Osten obsolet. Die Straßenbahn ist hier ein verbreitetes und effektives Verkehrsmittel.

Auch die Entscheidung Restitution vor Entschädigung ist zu lange selektiv durchdekliniert worden. Man stelle sich nur einmal die Einführung des umgekehrten Prinzips und die daraus resultierenden Nachteile vor. Sie können hier nur holzschnittartig angesprochen werden. Auch bei einer Umkehrung des Prinzips wäre ein beträchtlicher bürokratischer Aufwand erforderlich gewesen (eine Treuhand II?), die zudem der Mausehelei erst recht Tür und Tor geöffnet hätte. Und die ursprüngliche Eigentümerstruktur wäre noch stärker verlorengegangen

und die Innenstädte würden noch stärker von anonymen Immobiliengesellschaften und Investorgruppen dominiert, als sie es ohnehin schon sind. Und wie hätten man mit dem jüdischen Eigentum verfahren sollen, das auch und gerade im innerstädtischen Handel immer eine große Rolle gespielt hat? Und würden heute, bei nachlassender öffentlicher Förderung, immer noch so viele erhaltenswerte Häuser bei fallenden Mieten renoviert? Zudem gab es schon vor Einführung des Investitionsvorranggesetzes Regelungen, daß eine Rückübertragung von Grundstücken dann nicht stattfindet, wenn das betroffene Grundstück oder Gebäude für Investitionszwecke benötigt wird (Ossenbühl 1997: 568). Auch eine Entscheidung Restitution vor Entschädigung hatte ihre durchaus positiven Aspekte für die Stadtentwicklung.

Handel allein ist für die Innenstadtbelebung nicht ausreichend und wenn, dann nur während der Verkaufszeiten. Auch das lehren die abendlich leeren Innenstädte Westdeutschlands. Daß sich manches in Ostdeutschlands Städten nicht so nach dem vom Westen vorgegebenen Leitbild entwickeln konnte, wird den ostdeutschen Städten noch einmal zum Vorteil gereichen. Dazu bedarf es freilich größerer Zeiträume als sie erforderlich sind, um "Hüttendörfer" zu errichten, die ja auch nicht überall prosperieren und an denen partiell schon Zeichen des Niedergangs auszumachen sind.

4. Sachsen-Anhalt im Ländervergleich

Allzu leicht - so ein häufiger Vorwurf - ist der Blick lediglich auf die Ost-West-Unterschiede fixiert. Damit blieben nicht nur die vielfältigen Unterschiede zwischen den Regionen in Deutschland insgesamt unberücksichtigt, sondern es bestehe auch die Gefahr der Stereotypisierung von Ost- und Westdeutschland. Dies ist zweifellos richtig. Unumstößlich bleibt jedoch, daß ein Blick auf die Daten und deren adäquate Interpretation Mythenbildung verhindert. Die These von der zunehmenden Armut in Ostdeutschland ist nur ein Beispiel dafür. Schließlich sei auch daran erinnert, daß die Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse grundgesetzlich abgesichert ist.

Darüber hinaus ist von besonderem Interesse, wie der zentral verwaltete Teil Deutschlands nach Änderung der Randbedingungen (Institutionen) sich nach der Wende entwickelte. Die Ursachenforschung ist jedoch zumindest aus zwei Gründen schwierig. Erstens hat auch die Zentralverwaltungswirtschaft schon wegen der strukturellen Unterschiede keine regionale

Homogenität hinterlassen. Zweitens erhebt sich die Frage, wie man die Ursachen für die sich entwickelnden Unterschiede ermitteln soll. Denn das implementierte Institutionensystem zeichnet sich gerade dadurch aus, daß es den Ländern einen Spielraum in der Sozial- und Wirtschaftspolitik ermöglicht. Die Effekte auseinanderzuhalten ist schwer und auch noch nicht in Ansätzen versucht worden. Tatsache ist, daß mittlerweile eine beträchtliche Variation relevanter Indikatoren in Ostdeutschland zu beobachten ist. Die Daten der Statistischen Ämter von Bund und Ländern, des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) und der Wirtschaftsforschungsinstitute sind derart reichhaltig, daß nur einige wenige wichtige Daten präsentiert werden können.

Neben den harten prozessproduzierten Daten, sind aber auch in diesem Zusammenhang, wenn es um die „Produktivkräfte“ und das Wohlstandsniveau eines Landes geht, die subjektiven Einstellungen der Bürger von Bedeutung. Auch hier gibt es beträchtliche Variationen zwischen den Bundesländern, z. B. hinsichtlich der Verbundenheit der Bürger mit ihrer Region, die vielfach als Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung angesehen werden. Die Daten, die hierzu vorliegen sind freilich spärlich und stehen nicht immer auf breiter empirisch wohlfundierter Basis. Zu den einschlägigen und soliden Untersuchungen zählt die ALLBUS-Basisumfrage⁸ vom Jahre 1991, nach der die Bevölkerung von Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den anderen Bürgern der ostdeutschen Bundesländer die geringste Länderidentität aufweist (Tabelle 1). Während im Durchschnitt die Bewohner der ostdeutschen Bundesländer sich zu 66% mit ihrem Bundesland „stark“ bzw. „ziemlich“ verbunden fühlen, sind es in Sachsen-Anhalt nur 49%. Von den Flächenländern schießt Thüringen mit 74% den Vogel ab.⁹

Die besonders geringe Identifikation der Bürger Sachsens-Anhalts, die mit anderen Befragungsergebnissen kompatibel ist¹⁰, hat immer wieder zu Spekulationen über die Ursachen Anlaß gegeben. Gemeinhin wird sie damit begründet, dass das Land Sachsen-Anhalt nicht auf eine so beträchtliche historische Tradition wie Sachsen oder etwa Thüringen zurückblicken kann.

⁸ ALLBUS: Allgemeine Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften. Der ALLBUS wird seit 1980 im zweijährigen Rhythmus innerhalb der Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Struktureinrichtungen (GESIS) vom Zentrum für Methoden und Analysen (ZUMA) durchgeführt und vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) archiviert und der sozialwissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt. Um die Ausgangssituation nach der Wende möglichst rasch dokumentieren zu können, wurde 1991 die Basisumfrage zusätzlich durchgeführt.

⁹ Dieser Wert wird noch knapp von Ostberlin übertroffen, das eine besondere Identität ausbildete, die sich z. B. auch an den überdurchschnittlich hohen PDS-Erfolgen ablesen läßt.

¹⁰ So z. B. mit einer von der Mitteldeutschen Zeitung (MZ: vom 16. 4. 1994) referierten Erhebung.

Tabelle 1: Verbundenheit mit dem Bundesland und seinen Bürgern

		Bundesländer, Ost						West- deutsch- land	Deutsch- land insgesamt
		Berlin Ost	Meckl.BG.- Vor- pommern	Branden- Burg	Sachsen- Anhalt	Thüringen	Sachsen		
1 stark verbunden	Anzahl %	46 34,1 %	40 22,5 %	53 19,6 %	33 11,5 %	71 28,1 %	109 25,8 %	304 20,1 %	656 21,5 %
2 ziemlich verbunden	Anzahl %	55 40,7 %	76 42,7 %	111 41,1 %	107 37,4 %	115 54,5 %	182 43,1 %	697 46,0 %	1343 43,9 %
3 wenig verbunden	Anzahl %	25 18,5 %	49 27,5 %	84 31,1 %	103 36,0 %	48 19,0 %	111 26,3 %	425 26,1 %	845 27,6 %
4 gar nicht verbunden	Anzahl %	8 5,9 %	9 5,1 %	19 7,0 %	32 11,2 %	13 5,1 %	13 3,1 %	72 4,8 %	166 5,4 %
8 weiß nicht	Anzahl %	1 7,0 %	4 2,2 %	3 1,1 %	11 3,8 %	6 2,4 %	6 1,4 %	16 1,1 %	47 1,5 %
9 keine Angabe	Anzahl %						1 2,0 %		1 0 %
Gesamt	Anzahl %	135 100,0 %	178 100,0 %	270 100,0 %	286 100,0 %	253 100,0 %	422 100,0 %	1514 100,0 %	3058 100,0 %

Quelle: ALLBUS Basisumfrage 1991 (n=3.058)

Dieser Sachverhalt ist nicht lediglich ein Nachwendephänomen, sondern läßt sich auch mit Daten dokumentieren, die schon in der DDR erhoben wurden (Tabelle 2). So ist der ungewogene Mittelwert der Verbundenheit von Bürgern mit ihren Städten die heute in Thüringen liegen mit 79,5% deutlich höher als die, die von Städten vorliegen, die heute zu Sachsen-Anhalt zählen (64,6%).¹¹ Solche Verbundenheitsmaße sind für unsere Fragestellung durchaus von Belang, weil sie z. B. auch in einem empirischen Zusammenhang mit der Migrationsbereitschaft stehen.

Betrachtet man einige wirtschaftliche Eckdaten im Vergleich (Tabelle 3), dann kommt das Land Sachsen-Anhalt, das muß man so kurz und bündig sagen, auch da schlecht weg. Zwar kann man mit Barjak u. a. (2000: 31) der Meinung sein, daß es „nicht möglich ist“, „eine wissenschaftlich gesicherte Gewichtung der verwendeten Indikatoren“ vorzunehmen und es damit auch ausgeschlossen sei, ein eindeutiges Urteil über das Ranking von Regionen zu fällen. Aber vergleicht man allein das Land Sachsen-Anhalt mit allen anderen ostdeutschen Ländern, dann kann man bei allen Unsicherheiten, die wissenschaftlichen Aussagen, ja selbst naturwissenschaftlichen Aussagen, eigentümlich ist, pauschal sagen, daß das Land Sachsen-Anhalt unter den ostdeutschen Ländern, was die Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung betrifft, die rote Laterne trägt. Diese Aussage bezieht sich sowohl auf die Indikatoren, die den regionalen Output indizieren (monetäre Einkommen, Beschäftigungsniveau, Beschäftigungs-, Erwerbstätigen- und Sozialhilfequoten, Verschuldung) als auch die regionalen Inputfaktoren (Humankapital, privates Sachkapital, technisches Wissen und Infrastruktur, Nettogewerbeanmeldungen) betrifft, bei allen Problemen, die eine so einfache Zuordnung aufwerfen.

Nach einer Studie des IWH (Barjak u. a. 2000; Rosenfeld u. a. 2001) und nach anderen Statistiken (BBR 1999; Statistisches Jahrbuch 2001) blieb im Fünf-Ländervergleich für das Land-Sachsen-Anhalt bei wichtigen Indikatoren, mit denen versucht wird, die wirtschaftliche Situation zu beschreiben, nur der letzte Platz:

- So wird in diesem Land im Vergleich zu allen anderen ostdeutschen Ländern das geringste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner erwirtschaftet.

¹¹ Die Untersuchungen wurden auf Initiative von Fred Staufenbiel von Studenten der Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar (HAB) durchgeführt und von Thomas Krickhahn (1995) für eine Reanalyse aufbereitet. Krickhahn diskutiert auch kritisch die Aussagekraft der Untersuchungen. Zu bedenken ist zum Beispiel, daß die Untersuchungen innerhalb einer Zeitspanne von acht Jahren durchgeführt und die Fragen variiert wurden. Die

- Unter den neuen Bundesländern hat es die geringste Exportquote.
- Mit einer Arbeitslosenquote von 21,7% hat das Land eine Spitzenposition inne.
- Das Land hat die höchste Unterbeschäftigungsquote, die niedrigste Erwerbstätigenquote und die geringste Erwerbsfähigenquote.
- Der Wanderungssaldo ist nicht nur negativ, sondern im Land Sachsen-Anhalt auch am höchsten.
- Die Verschuldung ist mit 12.470 DM je Einwohner am höchsten.
- Mit einer Sozialhilfequote von 30 pro 1000 Einwohner liegt Sachsen-Anhalt vor allen anderen ostdeutschen Ländern.

Tabelle 2: Verbundenheit mit dem Wohnort

Stadt/Erh.-Jahr	Fühlen Sie sich in Ihrer Stadt heimisch? (%)			N
	Ja, möchte in der Stadt wohnen bleiben	Eigentlich Ja, aber ich würde auch in einem anderen Ort wohnen	Nein, ich möchte lieber in einem anderen Ort wohnen	
Eisenach (Th.)/1985	83,5	10,8	5,8	400
Erfurt (Th.)/?	87,0	6,0	7,0	?
Gotha (Th.)/1981	82,0	8,5	9,2	543
Jena (Th.)/1988	71,0	14,9	14,1	476
Weimar (Th.)/?	83,0	10,0	7,0	?
Sömmerda (Th.)/?	65,0	28,0	7,0	?
Dessau (LSA)/1989	65,1	23,9	11,1	427
Halle (LSA)/1984	56,8	17,5	25,6	360
Magdeburg (LSA)/1986	72,1	13,4	14,6	436
Brandenburg (BB)/1987	78,3	12,5	9,2	512
Rostock (MV)/1982	87,2	6,1	6,8	661

Quelle: Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar (HAB); Hunger 1990; Krickhahn 1995; vgl. Fn. 12

Tabelle 3: Wirtschaftliche Eckdaten: Sachsen-Anhalt im Ländervergleich

Bezeichnung des Indikators	Maßeinheit	Zeitraum/Zeitpunkt	Land/Region						
			Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Meckl.-Vorp.	Sachsen	Thüringen	Neue Länder	Alte Länder
Bruttoinlandprodukt	DM je Einwohner	1999	30 018	30 734	31 060	31 560	31 030	31 034	49 840
Brutowertschöpfung	DM je Erwerbstätigen	1999	71 487	72 074	71 172	69 461	69 241	70 476	105 313
Arbeitslosenquote	%	1999	21,7	18,7	19,4	18,6	16,5	19,0	9,8
Unterbeschäftigungsquote	Unterbeschäftigte/100 erwachs. Pers.	1999	26,2	21,3	24,4	21,6	21,6	22,8	
	Veränderung in %	1999/1995	14,1	8,9	10,1	12,2	22,1	13,1	
Modifizierte Erwerbstätigenquote ^a	Erwerbstätige im regulären Arbeitsmarkt /1000 Einw.	1999	389	427	400	416	421	412	444
Erwerbsfähigenquote	Anteil der Einw. von 15 bis unter 65 J. an den Einw. in %	1997	69,3	70,6	70,6	68,7	69,7	70,0	67,7
		1990-1997	-2,7	4,6	-1,2	-0,8	-0,9	0,3	2,5
Wanderungssaldo	Zu-/Fortzüge je 10 000 Einw.	1998	-51	101	-21	-25	-20	-5	13
Betr. Investitionen im Bergbau u. verarb. Gewerbe	DM je Einwohner	1991-1998	10827	8311	5216	7772	6836	6987	9803
Beschäftigte (qual.) ^b	%	1999	8,1	9,2	8,4	11,8	10,4	9,9	7,7
Patentanmeldungen	Je 1000 000 Einwohner	1995-1999	76	68	52	107	125	90	323
Bestand an IHK-zugeh. Untern,	Je 10 000 Einwohner	1.1.2000	308	355	356	371	385	356	450
Nettogewerbeanmeldungen	Je 10 000 Einwohner	1996-1999	26,6	63,4	65,6	67,0	29,2	51,8	54,0
		darunter 1999	-0,5	11,2	10,9	12,9	4,8	8,4	9,2
Verschuldung	1000 DM je Einwohner	31.12.2000	12,47	10,98	10,50	6,87	11,13	D. insgesamt: 10,05	
Sozialhilfequote	Je 1000 Einw.	1997	27,1	21,5	25,8	19,8	19,7	33,2	35,6
Exportquote	%	2000	14,9	18,0	21,3	24,7	23,1	21,2	37,5
Beschäftigtenentw in d. Ostdeusch. Industrie	Absolut	Jan. 1991	430.445	290.408	119.606	689.847	417.298		
		Jan. 1994	144.650	107.149	50.860	220.389	114.280		
		Veränd.	33,6	36,8	42,5	31,9	27,4		

^a Die Erwerbstätigenquote ist hier in Ostdeutschland niedriger als in Westdeutschland (vgl. FN 5). Es wird hier eine regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort vorgenommen. Die beträchtlichen Ost-West-Pendler schlagen danach in Westdeutschland zu Buche (vgl. Barjak u. a. 2000: 34).

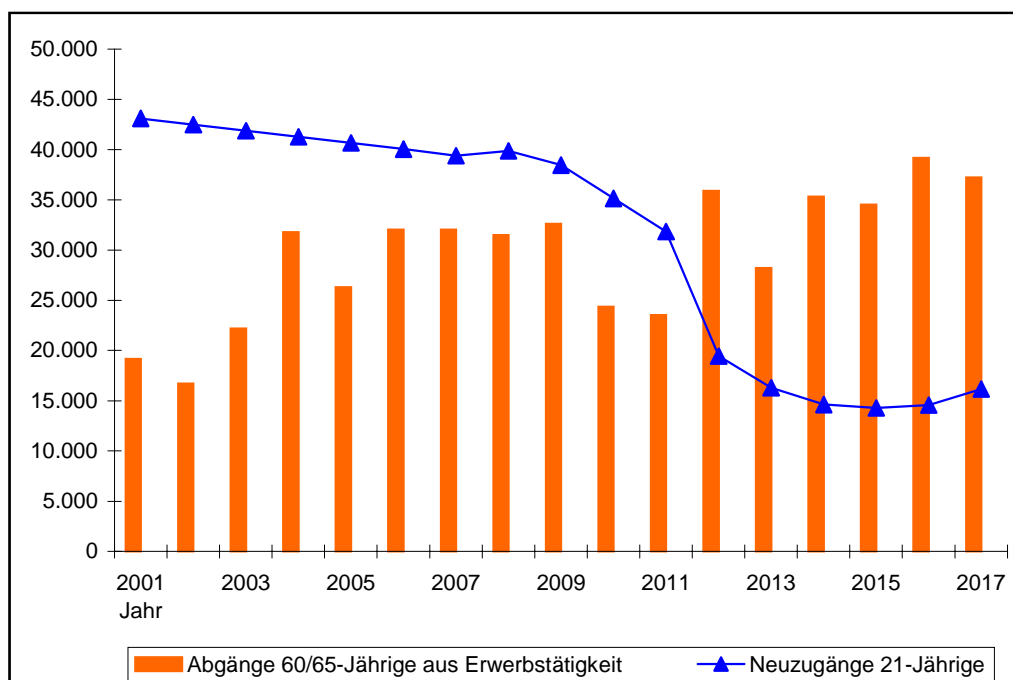
^b Anteil der Beschäftigten mit Fach-/Hochschulabschluss an den Beschäftigten des Landes insgesamt

Quellen: Rosenfeld u. a. 2002; ergänzt durch Daten des Stat. Bundesamtes zur Verschuldung (Stat. Jb. 2001:53f) und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Erwerbsfähigenquote, Sozialhilfequote (BBR 1999: 84f); Exportquote (Jahresbericht 2001:68), Beschäftigtenentwicklung in der ostdeutschen Industrie (Nolte/Ziegler 1994:257)

Innerhalb der ostdeutschen Bundesländer erreicht das Land allerdings bei den Investitionen die Spitzenposition. Dies dürfte im wesentlichen auf die Großinvestitionen in der Chemieindustrie und in der Mineralölindustrie (Bitterfeld, Leuna) zurückzuführen sein, ohne daß sich das auf dem Arbeitsmarkt (bisher) vorteilhaft ausgewirkt hat, könnte aber andererseits eine Erklärung für die vergleichsweise günstige Bruttowertschöpfung sein. Die Branchenstruktur ist vergleichsweise kapitalintensiv und im Vergleich zu Sachsen und Thüringen wenig mittelständisch ausgerichtet. Der Bestand an IHK-zugehörigen Unternehmen pro 10.000 Einwohner ist in Sachsen-Anhalt am niedrigsten und die Nettogewerbeanmeldungen sind defizitär – es gibt mehr Abmeldungen als Anmeldungen, ein Sachverhalt, der in keinem der Vergleichsländer zu beobachten ist.

Ein ganz anderes Problem teilt das Land mit anderen ostdeutschen Bundesländern (Lutz/Grünert 1999: 21), nämlich das des blockierten Generationenaustauschs (Abb. 6). Dies ist die Konsequenz der Geburtenentwicklung einerseits und Resultat des Arbeitsplatzabbaus

Abbildung 6: Demographische Falle (Sachsen-Anhalt)



Quelle: Arbeitsmarktmonitor Sachsen-Anhalt 1997 und Mikrozensus 1997; Lutz/Grünert 1999:21

Anfang der neunziger Jahre andererseits, als man die Arbeitsplatzprobleme einmal durch vorgezogenen Ruhestand und überproportionale Entlassung gerade jüngerer – nicht durch familiäre Verpflichtungen belasteter - Arbeitskräfte zu verringern suchte (Lutz 2000: 199ff).

Bis etwa zum Jahre 2012 gibt es einen Überhang von Jugendlichen, die auf einen weitgehend stagnierenden Arbeitsmarkt stoßen, der zudem durch vergleichsweise geringe Wiederbesetzungsquoten gekennzeichnet ist. Ab 2012 werden die Beschäftigten aufgrund der Geburtenentwicklung und des verstärkten Wiederbesetzungsbedarfs unter ceteris-paribus-Bedingungen Besetzungsprobleme bekommen.

Kein Wunder, daß jetzt gerade die jungen, gut ausgebildeten (Jahresbericht 2001: 64, 66) Arbeitskräfte – bei stagnierender wirtschaftlicher Entwicklung - das Land verlassen. Die Bevölkerungsbilanz sieht auch hier für Sachsen-Anhalt vergleichsweise ungünstig aus (vgl. Abb. 4 und 5).

Die insgesamt sehr negative Bilanz für das Land Sachsen-Anhalt überrascht um so mehr, als das Land in wesentlichen Teilen - zusammen mit Teilen von Sachsen – traditionell zu dem wirtschaftlich prosperierenden mitteldeutschen Kernraum zählte, dem auch nach der Wende gute Entwicklungschancen attestiert wurden (ISW, o. J.). Was sind die möglichen Ursachen für diese Negativbilanz? In der Diskussion wird häufig der überproportional hohe Arbeitsplatzabbau im industriellen Sektor in Sachsen-Anhalt genannt. Zieht man die vorliegenden Zahlen zu Rate, dann sticht dieses Argument nicht. Sowohl Sachsen als auch (und besonders) Thüringen haben mit erheblich höheren Einbußen fertig werden müssen (Tabelle 3; Sahner 1997: 54).

Diese Negativbilanz ist also ohne die Berücksichtigung weiterer Faktoren nicht zu erklären und kann nur spekulativ (mangels effektiver Faktorenkontrolle) erfolgen. Ein solcher weiterer Faktor wäre defizitäres politisches Handeln im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Soweit man sehen kann, üben sich die Forscher hier freilich in vornehmer Zurückhaltung.

5. Fazit

Betrachtet man den Vereinigungsprozeß insgesamt, so ergibt sich ein sehr heterogenes Bild. Er kann auf der Ebene der Institutionen als abgeschlossen betrachtet werden und zwar nicht nur, was die formale Implementation betrifft. Die Freiheiten und Optionen, die das neue Institutionensystem bieten, werden auch in einer Weise in Anspruch genommen und mit Leben gefüllt, daß sie einem nicht mehr bewußt werden. Das bezieht sich nicht nur auf die Rede-, Konsum- und Reisefreiheiten, sondern weitgehend auch auf die der politischen

Betätigung – bis hin zur Wahlbeteiligung, über deren geringe Höhe in Ostdeutschland immer wieder geklagt wird. Auch hier sitzt man offensichtlich allzu leicht seiner politischen Voreingenommenheit auf, die mit einem Blick in die Statistik vielleicht genommen werden kann. So unterscheiden sich die ungewichteten Mittelwerte der Wahlbeteiligung zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern in den letzten Bundestagswahlen und Landtagswahlen weniger als viele vermuten dürften. Liegt die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in den alten Bundesländern bei 82,7%, sind es in Ostdeutschland 79,7% (LTW: 66,3% bzw. 62,2%). Ostdeutschland und Westdeutschland trennen auf dieser Dimension lediglich drei bzw. vier Prozentpunkte.

In einem Punkte wurden die Erwartungen jedoch gründlich enttäuscht, es hat nicht den erhofften autonomen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben. Das hat vielfältige Gründe: marodes Produktionskapitel, die Tradition der Großunternehmen statt einer Kultur des klein- und mittelständischen Unternehmertums, das Fehlen privaten Kapitals, die übermächtige Konkurrenz Westdeutschlands, die sich über Jahrzehnte entwickeln konnte, das Wegbrechen traditioneller Märkte etc. Der Wiederanstieg der Ost-West-Migration indiziert, daß nunmehr aber ein Punkt erreicht ist, grundlegend neue Anreize zu setzen.

Wenn auch kein selbsttragendes Wirtschaftswunder erreicht wurde, so ist doch – und das belegen alle soliden Untersuchungen welcher Institutionen auch immer – der Wiedervereinigung ein Wohlstands- und Einkommenswunder gefolgt.

Mentale Differenzen, die über die übliche Variabilität der Stämme und Landschaften hinausgehen, sind immer noch deutlich. Ein Gefühl, im Leben – im Vergleich zum westdeutschen Bürger – zu kurz gekommen zu sein, ist nach wie vor latent vorhanden. Dennoch wird der Wiedervereinigungsprozeß von der Mehrheit der Bevölkerung getragen. Auch der Erfolg der PDS taugt hier nicht als empirische Gegeninstanz. Keiner will zurück.

Das implementierte Institutionensystem verfügt über ein beträchtliches Potential von Gestaltungsmöglichkeiten für Individuen und kollektive Akteure, das auch genutzt wird, das in seinen Wirkungen aber auch sehr ambivalent sein kann. Die ostdeutschen Städte bieten dafür vielfältiges Anschauungsmaterial. Einerseits – auferstanden aus Ruinen – haben sie zu neuer Blüte gefunden, andererseits ringen sie aufgrund der überproportional hohen Konkurrenz durch Einkaufszentren auf der grünen Wiese und wegen der hohen Wanderungsverluste, um innerstädtisches Leben unter finanziell sehr restriktiven

Bedingungen. Auch die ostdeutschen Länder bieten ein Bild dafür, daß man die Randbedingungen sehr unterschiedlich nutzen kann. Betrachtet man die Ergebnisse anhand einiger relevanter wirtschaftlicher Eckdaten, dann schneidet das Land Sachsen-Anhalt sehr unvorteilhaft ab.

Bedenkt man zu welchen Wirkungen es *nicht* gekommen ist - ein Blick nach Osteuropa kann da sehr erhellend sein (Bayer 2002), wenn auch die möglichen Horrorszenarien damit nicht abgedeckt werden können - dann ist das Ergebnis ermutigend, wenn es auch stetiger Anstrengung bedarf, um der Anforderung des Grundgesetzes („Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“) zu entsprechen.

Literatur:

Barjak, Franz/Franz, Peter/Heimpold, Gerhard/Rosenfeld, Martin T. W., 2000: Regionalanalyse Ostdeutschland: Die wirtschaftliche Situation der Länder, Kreise und kreisfreien Städte im Vergleich. *Wirtschaft im Wandel* 2/2000, S.31-55

Bayer, Michael, 2002. Was ist die russische Transformation. Machttheoretische Analysen transformatorischer Praxis im post-sowjetischen Russland. Frankfurt/M.: Lang

BBR, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 1998: Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Bonn

BBR, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 1999: Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Bonn

Beer, Siegfried, 1992: Analyse struktureller Umbruchsprozesse im Dienstleistungssektor in den neuen Bundesländern. Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Forschungsreihe 2/1992

Büschges, Günter/Abraham, Martin/Funk, Walter, 1995: Grundzüge der Soziologie. München/Wien

Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen Mannheim (ZUMA). Bonn 2002

Deutscher Städtetag, 1997: Vergleichende Städtestatistik. Köln

Flierl, Bruno, 1991: Stadtgestaltung in der ehemaligen DDR als Staatspolitik. In: Peter Marcuse/Fred Staufenbiel (Hrsg.), Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch. Berlin, S.49-65

Fortschritte beim Aufbau Ost. Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. Kurzfassung. Wirtschaft im Wandel 7-8/2002

Grünert, Holle, 1996: Das Beschäftigungssystem der DDR. In: Burkart Lutz /Hildegard M. Nickel/Rudi Schmidt/Arndt Sorge (Hrsg.), Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe. Opladen, S.19-68

Güttler, Helmuth/Krönert, Ute/Rosenkranz, Christa unter Mitarbeit von Katrin Meyer, 1995: Großflächige Einzelhandelseinrichtungen in den neuen Ländern. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Arbeitspapiere 7. Bonn

Hanf, Thomas, 1992: Konstitutionsprobleme einer neuen Sozialstruktur. In: Michael Thomas (Hrsg.), Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß. Berlin, S.60-75

Holtmann, Everhard/Boll, Bernhard, 1997: Sachsen-Anhalt. Eine politische Landeskunde. Magdeburg

Hunger, Bernd, 1990: Städtebau, gesellschaftliche Entwicklung und Stadtforschung in der DDR. Archiv für Kommunalwissenschaft 1/90, S.9-49

Hunger, Bernd, 1991: Stadtverfall und Stadtentwicklung – Stand und Vorschläge. In: Peter Marcuse/Fred Staufenbiel (Hrsg.), Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch. Berlin, S.32-48

ISW, Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsforschung e. V., o. J.: Wirtschafts- und raumordnungspolitischer Orientierungsrahmen für die Entwicklung des mitteldeutschen Wirtschaftsraumes unter besonderer Berücksichtigung der Perspektiven der Stadt Halle. 2 Bde. Halle

IWH, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, 1995: Wirtschaftliche und soziale Lebensverhältnisse in Ostdeutschland. Indikatorenammlung, erstellt im Auftrag des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL. Halle

Jahresbericht 2001 der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit. Deutscher Bundestag, Drucksache 14/6979. Berlin

Junkernheinrich, Martin, 1995: Infrastrukturaufbau in Ostdeutschland. Ausgangsbasis, Investitionsvolumen und Finanzierungsalternativen. In: Manfred Holthus (Hrsg.), Elemente regionaler Wirtschaftspolitik. Baden-Baden

Kant, Hermann, 1994: Abspann. Erinnerung an meine Gegenwart. Berlin

König, René (Hrsg.), 1967: Soziologie. Frankfurt

Kollmorgen, Raj, 1994: Zwischen Institutionentransfer und kulturellen Eigensinn: Theoretische Ansätze der Transformationsforschung in der Diskussion. Bericht über eine Tagung der KSPW am 7./8. Mai 1993. Berliner Journal für Soziologie 4, S.431-435

Krickhahn, Thomas, 1995: Stadtsoziologische Erhebungen in acht Städten der DDR. Aufbereitung, Dokumentation und kritische Bewertung. Der Hallesche Graureiher 95- 8. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle- Wittenberg

Lepsius, M. Rainer, 1999: Die „Moral“ der Institutionen. In: Jürgen Gerhards/Ronald Hitzler (Hrsg.), Eigenwilligkeit und Rationalität sozialer Prozesse. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedhelm Neidhardt. Wiesbaden, S. 113-126

Lutz, Burkart/Grünert, Holle, 1996: Der Zerfall der Beschäftigungsstrukturen der DDR 1989-1993. In: Burkart Lutz /Hildegard M. Nickel/Rudi Schmidt/Arndt Sorge (Hrsg.), Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe. Opladen, S.69-120

Lutz, Burkart/Grünert, Holle unter Mitarbeit von Sascha Kranz und Sylvia Terpe, 1999: Evaluierung der Vorhaben zur Förderung der beruflichen Erstausbildung.. Forschungsbeiträge zum Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt. Bd. 14. Magdeburg

Lutz, Burkart, 2000: Versuch einer ersten Bilanz: Der blockierte Generationenaustausch als dominanter Tatbestand. In: Burkart Lutz/Holle Grünert/Christine Steiner (Hrsg.), Bildung und Beschäftigung in Ostdeutschland. Bd. 1. Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. Berlin

Mau, Steffen/Zapf, Wolfgang 1998: Zwischen Schock und Anpassung. Ostdeutsche Familienbildung im Übergang, in: Informationsdienst soziale Indikatoren (ISI), Ausgabe 20 (Juli 1998), S.1-4

Meulemann, Heiner, 2001: Soziologie von Anfang an. Eine Einführung in Themen, Ergebnisse und Literatur. Wiesbaden

Mnich, Eva/Schwiete, Reinhard, 1996: Vergleichender Tabellenband der kommunalen Bürgerumfragen in der Stadt Halle 1993, 1994 und 1995 sowie im Saalkreis 1995. Der Hallesche Graureiher 96-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin- Luther-Universität Halle- Wittenberg

Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate (Hrsg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984-1992, Bd. 9, München/New York/London/Paris

- Nolte**, Dirk/Ziegler, Astrid, 1994: Neue Wege einer regional- und sektoralorientierten Strukturpolitik in den neuen Ländern. Zur Diskussion um den „Erhalt industrieller Kerne“. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 4, S.255-265
- Ogburn**, William Fielding, 1922: Social Change. With Respect to Culture and Original Nature. New York
- Ogburn**, William Fielding, 1969: Kultur und Sozialer Wandel. Neuwied
- Ossenbühl**, Fritz, 1997: Eigentumsfragen. In: Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Bd. IX, Heidelberg 1997
- Petermann**, Sören, 1999: Die Bürgerumfragen in der Stadt Halle 1993, 1994, 1995 und 1997. Der Hallesche Graureiher 99-4. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin- Luther-Universität Halle- Wittenberg
- Petermann**, Sören, 2002: Bürgerumfrage Halle 2001. Der Hallesche Graureiher 2002-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle- Wittenberg
- Rosenfeld**, Martin T. W./Barjak, Franz/Franz, Peter/Heimpold, Gerhard, 2001: Wirtschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt: empirischer Befund und politische Empfehlungen. Wirtschaft im Wandel 3/2001, S.47-57
- Sahner**, Heinz, 1975: Führungsgruppen und technischer Fortschritt. Meisenheim am Glan
- Sahner**, Heinz, 1994: Dienstleistungssektor in der DDR und in den neuen Bundesländern. Gegenwartskunde 4/1994, S.527-554
- Sahner**, Heinz, 1995: Aufhebung der Bipolarität -Veränderungen im Osten, Rückwirkungen im Westen. Einige einleitende Bemerkungen zum Stand der Transformation. In: Everhard Holtmann und Heinz Sahner (Hrsg), Aufhebung der Bipolarität. Veränderungen im Osten, Rückwirkungen im Westen. Opladen, S.11-20
- Sahner**, Heinz, 1996: Städte im Umbruch. In: Wendelin Strubelt/Joachim Genosko/Hans Bertram/Jürgen Friedrichs/Paul Gans/Hartmut Häußermann/Ulfert Herlyn/Heinz Sahner, Städte und Regionen -Räumliche Folgen des Transformationsprozesses, Opladen, S. 447- 480
- Sahner**, Heinz, 1997: Sozialstruktur und Lebenslagen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Oscar W. Gabriel/Everhard Holtmann, S. 43-85
- Sahner**, Heinz, 1999: Zur Entwicklung der ostdeutschen Städte nach der Wende: nicht nur "dem Tod von der Schippe gesprungen". In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/99, S.26-37

Sahner, Heinz, 2002: Stadt im Umbruch: Halle im Spiegel der Statistik und im Urteil der Bürger. Der Hallesche Graureiher 2002-4. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Statistisches Jahrbuch der Stadt Halle 1996

Statistisches Jahrbuch 2001. Für die Bundesrepublik Deutschland, herausgeg. Vom Statistischen Bundesamt. Wiesbaden

Winkler, Gunnar (Hrsg.), 1990: Sozialreport 90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR. Berlin

Zapf, Wolfgang, 1994: Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung. Berliner Journal für Soziologie 4, S.295-305

Veröffentlichte "Hallesche Graureiher", Stand: Dezember 2002

Unsere aktuelle Publikationsliste finden Sie im Internet unter:

<http://www.soziologie.uni-halle.de/publikationen/index.html>

Mnich, Eva, 1993: *Bürgerumfrage Halle 1993*. Der Hallesche Graureiher 93-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Sahner, Heinz, 1993: *Dienstleistungssektor in der DDR und in den neuen Bundesländern*. Der Hallesche Graureiher 93-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie in: *Gegenwartskunde* 4/1994, S. 527 -554

Sahner, Heinz, 1994: *Leben in Halle. Ergebnisse einer Bürgerumfrage im Vergleich*, Der Hallesche Graureiher 94-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie in: Krüger, H.-H., Kühnel, M., Thomas, S. (Hrsg.) *Brüche, Umbrüche - Aufbruch? Arbeits-, bildungs- und sozialpolitische Problemlagen und Perspektiven in Ostdeutschland*, April 1995, Leske & Budrich.

1994: *Jahresbericht 1.4.1992 bis 31.3.1994*, Der Hallesche Graureiher 94-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Kreckel, Reinhard, 1994: *Soziologie an den ostdeutschen Universitäten: Abbau und Neubeginn*, Der Hallesche Graureiher 94-3. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie in: *Sociology in Germany, Soziologie Special Edition 3-1994*, Leske & Budrich, Opladen, S. 240 - 251.

Däumer, Roland, 1994: *Skalierung mit Assoziationsmodellen: Entwicklung einer Skala Ost- und Westdeutscher Ausbildungsabschlüsse nach der Wiedervereinigung*, Der Hallesche Graureiher 94-4. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Thome, Helmut, 1994: *Soziologische Zyklentheorie zwischen Spekulation und Emperie*, Der Hallesche Graureiher 94-5. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Huber, Joseph, 1994: *Nachhaltige Entwicklung durch Suffizienz, Effizienz und Konsistenz*, Der Hallesche Graureiher 94-6. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie in: P. Fritz, W. Levi, J. Huber (Hrsg.), *Nachhaltige Entwicklung*, Stuttgart: Edition Universitas 1995

Sahner, Heinz, 1994: *Regionalentwicklung: Kultur als Standortfaktor. Halle und sein Umland - unterschätzte Möglichkeiten*, Der Hallesche Graureiher 94-7. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

- Mnich, Eva, 1995: *Bürgerumfrage Quedlinburg 1994*, Der Hallesche Graureiher 95-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Däumer, Roland, 1995: *Die Gemeindeverwaltungsreform in Sachsen-Anhalt: Voraussetzung zur Verwirklichung lokaler Selbstverwaltung? Eine regionalsoziologische Analyse des Transformationsprozesses der Verwaltung im ländlichen Bereich (Raum Halle:Saalkreis)*, Der Hallesche Graureiher 95-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Mnich, Eva, 1995: *Bürgerumfrage Halle 1994*, Der Hallesche Graureiher 95-3. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Kreckel, Reinhard, 1995: *Makrosoziologische Überlegungen zum Kampf um Normal- und Teilzeitarbeit im Geschlechterverhältnis*, Der Hallesche Graureiher 95-4. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Sahner, Heinz, 1995: *Regionale Kooperation im Verdichtungsraum Halle-Leipzig - Chancen, Probleme und Wege*, Der Hallesche Graureiher 95-5. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. sowie in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 6.1995/ 53. Jahrgang
- Sahner, Heinz, 1995: *Sozialstruktur und Lebenslagen*, Der Hallesche Graureiher 95-6. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie in: O.W. Gabriel und E. Holtmann (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. München: Oldenbourg 1997
- Sahner, Heinz/Schwendtner, Stefan/Stange, Constanze/Westphal, Kathrin/Teubner, Hannes, 1995: *Gesellschaften im Umbruch, Der 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 3. - 7. April 1995 - Eine Nachlese* - Der Hallesche Graureiher 95-7. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Krickhahn, Thomas, 1995: *Stadtsoziologische Erhebungen in acht Städten der DDR*, Der Hallesche Graureiher 95 - 8. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Mnich, Eva/Schwiete, Reinhard, 1996: *Vergleichender Tabellenband der Kommunalen Bürgerumfragen in der Stadt Halle 1993, 1994 und 1995 sowie im Saalkreis 1995*, Der Hallesche Graureiher 96 - 1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Thome, Helmut, 1996: *Umweltbewußtsein und Umweltverhalten bei Bediensteten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, Der Hallesche Graureiher 96 - 2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

- Rahlf, Thomas, 1996: *Zur Modellierung stochastischer Zyklen als AR(2)-Prozeß*, Der Hallesche Graureiher 96-3. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Mnich, Eva, 1996: *Bürgerumfrage Stadt Halle und Saalkreis 1995*, Der Hallesche Graureiher 96-4. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Bolder, Axel/ Hendrich, Wolfgang/ Spindler, Axel, 1996: *Umlernen im Spannungsfeld von Aufbruch und neuen alten Segmentierungen*, Der Hallesche Graureiher 96-5. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Kreckel, Reinhard, 1996: *Akademische Freiheit heute, Antrittsrede anlässlich der feierlichen Rektoratsübergabe, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 16.10.1996*, Der Hallesche Graureiher 96-6. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Thome, Helmut, 1996: *Studienanfängerinnen und Studienanfänger in Halle, Ergebnisse einer Befragung von Neuimmatrikulierten des Wintersemesters 1994/95 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, Der Hallesche Graureiher 96-7. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Lutz, Burkart/Ortmann, Julia, 1997: *Ausbildungsabschlüsse und Arbeitsmarkt - deutscher Beitrag zu einem europäischen Vergleich*, Der Hallesche Graureiher 97-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Grünert, Holle / Lutz, Burkart / Steiner, Christine, 1997: *Wechselwirkungen von Bildungsverhalten, Arbeitsmarktstruktur und Beschäftigerverhalten in post-sozialistischen Gesellschaften*, Ergebnisse eines Forschungskolloquiums, Der Hallesche Graureiher 97-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Winter, Martin, 1997: *Die Polizei - autonomer Akteur oder Herrschaftsinstrument?*, Der Hallesche Graureiher 97-3. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Zimmer, René, 1997: *Der Wandel des Arztberufs im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert am Beispiel der Stadt Halle a. d. Saale*, Der Hallesche Graureiher 97-4. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Grünert, Holle, 1997: *Starrheit und Mobilität im Beschäftigungssystem der DDR*, Der Hallesche Graureiher 97-5. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie in: B. Lutz (Hrsg.), *Subjekt im Transformationenprozeß - Spielball oder Akteur*. München und Mering: Rainer Hampp, S. 17 - 67.
- Bayer, Michael, 1998: *Computer Assisted Telephone Interviewing - Methodik und praktische Umsetzung*, Der Hallesche Graureiher 98-1.

Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Petermann, Sören, 1998: *Bürgerumfrage Halle 1997*, Der Hallesche Graureiher 98-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Kreckel, Reinhard/Schenk, Sabine, 1998: *Full-Time or Part-Time? The Contradictory Integration of the East German Female Labour Force in Unified Germany*, Der Hallesche Graureiher 98-3. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Lutz, Burkart/Schlesier, Kristine, 1998: *Zwischenbetriebliche Kooperation in der ostdeutschen Industrie - Chancen, Hemmnisse und Ansatzpunkte ihrer Überwindung. Ein Kolloquium von Praktikern und Wissenschaftlern*. Der Hallesche Graureiher 98-4. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Winter, Martin, 1998: *Protest policing und das Problem der Gewalt*. Der Hallesche Graureiher 98-5. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Sahner, Heinz, 1998: *Bürgerbefragungen und das Prinzip der nachhaltigen Stadtentwicklung*. Der Hallesche Graureiher 98-6. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Ketzmerik, Thomas / Wiener, Bettina, (Hrsg.) 1999: *Kombilohn - geringfügige Beschäftigung - Erwerbsverläufe. Das vierte FORUM zu den Arbeitsmarktdaten Sachsen-Anhalt*. Der Hallesche Graureiher 99-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Sahner, Heinz / Zaborowski K. U., 1999: *Silberhöhe - Eine Großwohnsiedlung von Halle im Umbruch*. Der Hallesche Graureiher 99-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Huber, Joseph, 1999: *Plain Money. A Proposal for Supplying the Nations with the necessary Means in a modern Monetary System*. Der Hallesche Graureiher 99-3. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Petermann, Sören, 1999: *Die Bürgerumfragen in der Stadt Halle 1993, 1994, 1995 und 1997*. Der Hallesche Graureiher 99-4. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Thome, Helmut, 1999: *Sozialökologische Analyse der Kriminalität in Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts*. Der Hallesche Graureiher 99-5. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Terpe, Silvia, 1999: *Die Schaffung sozialer Wirklichkeit durch emotionale Mechanismen*. Der Hallesche Graureiher 99-6. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Petermann, Sören, 2000: *Bürgerumfrage Halle 1999*. Der Hallesche Graureiher 2000-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Stange, Constanze, 2000: *Kunst - Erwerbsarbeit - Geschlecht. Zur Ungleichheit von Künstlerinnen und Künstlern in Sachsen-Anhalt*. Der Hallesche Graureiher 2000-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Sahner, Heinz, 2000: *Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung: Über Diskrepanzen - Unterschiede zwischen dem was ist, und dem, was darüber berichtet wird*. Der Hallesche Graureiher 2000-3. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie in: Stadtforschung und Statistik 2/00

Sahner, Heinz, 2000: *Großwohnsiedlungen der Stadt Halle, Heide-Nord im Vergleich*. Der Hallesche Graureiher 2000-4. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Henning, Jörg, 2001: *Transformationsprobleme nach der Wende am Beispiel der Stadtwerke Halle GmbH*. Der Hallesche Graureiher 2001-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Petermann, Sören, 2001: *Soziale Vernetzung städtischer und ländlicher Bevölkerungen am Beispiel der Stadt Halle. Abschlussbericht und Codebuch*. Der Hallesche Graureiher 2001-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Bayer, Michael, 2002: *Subjektive Zufriedenheit im Kontext organisatorischen Wandels und beruflicher Veränderungsprozesse am Beispiel eines ostdeutschen Krankenhauses*. Der Hallesche Graureiher 2002-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Petermann, Sören, 2002: *Bürgerumfrage Halle 2001*. Der Hallesche Graureiher 2002-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Thumfart, Alexander, 2002: *Führungsgruppen und die politische Integration Ostdeutschlands*. Der Hallesche Graureiher 2002-3. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Sahner, Heinz, 2002: *Halle im Spiegel der Statistik und im Urteil der Bürger. Ausgewählte Daten aus dem Einwohner- und Statistikamt der Stadt Halle und aus den Bürgerumfragen 1993 bis 2001 des Instituts für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*. Der Hallesche Graureiher 2002-4. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Sahner, Heinz, 2002: *Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse: Transformationsprozesse in Ostdeutschland. Das Land Sachsen-Anhalt im Vergleich*. Der Hallesche Graureiher 2002-5. Forschungsberichte des

Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
Erscheint demnächst in: Kilian/Kluth/Schmidt-De-Caluwe/Schreiber (Hrsg.),
Verfassungshandbuch Sachsen-Anhalt, 2003, Nomos-Verlag.